

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Paul Boncour gestürzt

Fahrende Demonstration in Wien

Guilbeau freigesprochen

Generalaussperrung in Dänemark

Zerfall der Trotzki-Gruppe

Diskussions-Beilage

Betriebs-Faschismus

Wenn einer keinen Ausweis hat

Schleicher zurückgetreten!

Wahrscheinlich wieder Kabinett Papen, unterstützt von den Nazis — Alle proletarischen Organisationen müssen zu geschlossener Abwehr bereit sein

Am Freitag-Nachmittag trat der Aeltestenrat des Reichstages zusammen, um die Tagesordnung der Reichstagsitzung vom kommenden Dienstag festzulegen. Eine weitere Hinausschiebung des Reichstagszusammentritts wurde diesmal von keiner Seite vorgeschlagen.

Die nächste Sitzung des Reichstages findet also am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr.

statt. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Nach der Rede des Reichskanzlers soll die Sitzung vertagt werden.

Am Mittwoch, nachmittags um 2 Uhr, soll dann die politische Debatte beginnen, für die eine Redezeit von 3 Stunden für jede Fraktion vorgesehen ist. Alle in Frage kommenden politischen Anträge sollen in dieser Aussprache mit erledigt werden, insbesondere auch die sozialdemokratische

was geschehen solle, falls die politische Lage sich bis zum Zusammentritt des Reichstages völlig ändere, so daß kein Kabinett vorhanden sei, das eine Regierungserklärung abgeben könne.

Für diesen Fall kam man im Aeltestenrat überein, in einer neuen Sitzung des Aeltestenrates eine andere Tagesordnung für die Dienstsitzung des Reichstages festzusetzen. Eine Mehrheit der Fraktionen sprach sich jedoch unbedingt dafür aus, daß der Reichstag am Dienstag auf jeden Fall, wenn auch mit anderer Tagesordnung, zusammen-trete.

Inzwischen hat aber die innenpolitische Situation eine Entwicklung genommen, durch die das Interesse an den parlamentarischen Debatten und Abstimmungen stark in den Hintergrund gedrängt worden ist.

Obwohl zur Stunde noch keine absolut sicheren Meldungen vorliegen, kann man doch sagen, daß alle Nachrichten auf eine weitgehende Verständigung zwischen den deutschnationalen und dem Stahlhelm einerseits, den Nationalsozialisten andererseits hinauslaufen. In einer Reihe von Besprechungen, die Hugenberg zuerst mit Dr. Frick und dann auch mit Hitler geführt hat, soll eine grundsätzliche Uebereinstimmung über die sachlichen Ziele und politischen Maßnahmen erreicht worden sein. Größere Schwierigkeiten dürften die personellen Fragen bereiten. Hierüber kursieren die verschiedensten Kombinationen. Die einen sprechen von einem Kabinett der Harzburger Front unter Hitler, die anderen von einer erneuten Berufung Papens zum Präsidialkanzler, die dritten von einem Kabinett Schacht, in dem Hitler das Reichswehr- und das Reichsinnenministerium übernehmen sollte. Diese Fragen sind bestimmt im Augenblick noch ungeklärt.

Durch diese Entwicklung hat sich die Position Schleichers entscheidend verschlechtert.

Man erinnert sich, daß der Reichspräsident — das heißt immer: der sehr einflußreiche Kreis um Hindenburg — den General v. Schleicher nur widerwillig zum Reichskanzler gemacht hat, weil damals wirklich keine andere Möglichkeit mehr bestand. Inzwischen ist in diesen Kreisen die Abneigung gegen Schleicher gewachsen, und zwar wird ihm besonders vorgeworfen, daß er die Aufdeckung des für die Großagrarien so peinlichen Osthilfskandals nicht verhindert habe! Mit diesem Argument werden die ostelbischen Junker naturgemäß beim Reichspräsidenten besondere Zustimmung finden!

Am heutigen Sonnabend wird Reichskanzler v. Schleicher dem Reichspräsidenten über die innenpolitische Lage berichten und ihn um die notwendigen Vollmachten bitten. Es handelt sich dabei zunächst um die

Vollmacht zur Auflösung des Reichstages, darüber hinaus um weitere Vollmachten zur Unterdrückung der politischen Freiheiten und zur Hinausschiebung der Neuwahlen.

Die Presse rechnet kaum mit der Möglichkeit, daß Hindenburg dem Reichskanzler diese Vollmachten geben wird. Vielleicht wird Hindenburg sich seine Entscheidung vorbehalten, um erst die weiteren Verhandlungen der nächsten Tage abzuwarten. Wahrscheinlicher ist es aber nach dem jetzigen Stand der Dinge, daß er Herrn v. Schleicher abschlägig bescheiden wird.

Die Folge wäre das sofortige Rücktrittsgesuch der gegenwärtigen Reichsregierung.

Obwohl, wie wir oben darlegten, die personellen Fragen zur Stunde bestimmt noch nicht entschieden sind, gilt doch als

aussichtsreichster Anwärter auf die Nachfolgerschaft Schleichers sein Vorgänger, Herr v. Papen.

Was eine Regierung Papen mit Unterstützung der Nationalsozialisten (die noch vor wenigen Monaten den Herrenreiter aufs wütendste bekämpft haben) für das deutsche Proletariat bedeutet, ist wohl jedem klassenbewußten Arbeiter klar. Die innenpolitische Auseinandersetzung würde damit noch weit schärfere Formen annehmen.

Diese Erkenntnis setzt sich in der gesamten organisierten Arbeiterschaft, auch in den christlichen Gewerkschaften, immer mehr durch. „Der Deutsche“ nimmt in seiner heutigen Nummer mit einer dort noch kaum dagewesenen Schärfe gegen den Plan einer neuen Regierung Papen Stellung. Das Blatt erinnert den Reichspräsidenten daran, daß er seine außergewöhnlichen Vollmachten von dem Volksteil erhalten habe, der sich schärfstens gegen einen Papenkurs ausgesprochen hat (glauben die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter noch immer, daß es richtig war, Hindenburg zu wählen?). „Der Deutsche“ teilt weiter mit, daß

der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erneut beim Reichspräsidenten gegen eine Regierung Papen vorgeht.

sei. Das Blatt der christlichen Gewerkschaften ruft weiter den Staatsanwalt auf, sich schleunigst mit den Plänen Hugenbergs zu beschäftigen, denn hier handle es sich um Anstiftung des Reichspräsidenten zum Hochverrat!

Alles in allem: Die Entwicklung läuft auf eine

äußerste Zuspitzung nicht etwa nur der Regierungskrise, sondern der gesamten innenpolitischen Situation

zu. Wenn die Hugenberg-Presse heute früh meldet, daß der Reichspräsident selbstverständlich Herrn von Papen „absolute und uneingeschränkte Vollmachten“ geben müsse, so sagt das genug! Nimmt man zu diesen Dingen die bereits gestern von uns gemeldete Drohung, die Vorgänge in der Dresdener Keglerheim-Versammlung könnten den Anlaß zu einem

Ausnahmegesetz gegen die Kommunistische Partei

bieten, so erkennt man, was die Stunde geschlagen hat.

Auf der Seite der Arbeiterschaft darf kein Tag mehr ungenutzt vergehen! Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, um das gesamte Proletariat — kommunistische, sozialdemokratische, christliche, parteilose Arbeiter und Arbeiterinnen — zusammenzufassen und alle proletarischen Organisationen auf den außerparlamentarischen Machtkampf unter Aufbietung aller Mittel vorzubereiten!

Generalaussperrung in Dänemark

Der seit Wochen drohende Lohnkonflikt in Dänemark ist in ein akutes Stadium getreten. Die Unternehmer fordern generelle Lohnsenkung. Die Verhandlungen am Freitag sind trotz Vermittlungsversuche der Regierung gescheitert. Die angedrohte Aussperrung von 100 000 Arbeitern wird jetzt in Kraft treten.

Friedrich Stampfers „Erlebnis“

P. P. Der Riesenaufmarsch der Hungern den mit der geballten Faust am Mittwoch auf dem Bülowplatz hat in Berlin einen gewaltigen Eindruck gemacht. Die ganze Presse ist erfüllt davon, und selbst bei den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse kann die Wut nicht den Respekt vor diesen Massen erstickten, vor diesen ausgemergelten Gestalten, die bei schaudernder Kälte in dünnen Jacken Stunden und Stunden marschierten, um ihr Kampfbekennnis abzulegen. Auch Friedrich Stampfer hat den Zug an sich vorbeimarschieren lassen, und was er im „Vorwärts“ darüber schreibt, das zeugt von einer tiefen Erschütterung, die er erlebte. Er schreibt:

„Aus ihren ruhigen Stimmen klang der Haß, der tausendmal berechnete Hieb gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Not und Elend verdammt, der Protest, der tausendmal berechnete Protest gegen den grotesken Wahnsinn, die schreiende Ungerechtigkeit unserer sozialen Zustände. Der wäre kein Sozialist, der diesen Haß, diesen Protest nicht mitempfände!“

Stampfer muß die musterghütige Ordnung und Disziplin anerkennen, die diese Massen zusammenhielt. Und er macht eine andere Beobachtung: Zwei Schichten der Arbeiterklasse sind es, die in der KPD und in der SPD und ihrer Anhängerschaft einander gegenüber stehen, auf der einen Seite der Elendsproletarier, der ohne Hoffnung aus der Produktion ausgestoßen ist und Bettelgroschen vorgeworfen bekommt, auf der anderen der Betriebsarbeiter, der sich verzweifelt noch an seine Stellung und damit zugleich an alte Gedanken und die alte Partei klammert. Drohend sieht Stampfer die Gefahr, diese Spaltung der Klasse in verschiedene Parteilager könnte sozial untermauert und die Schwächung des Proletariats damit verewigt werden. Er gönnt den kommunistischen Führern diese haterfüllten Massen nicht, und er betont, daß die Sozialdemokratie in ihrem Bewußtsein mit ihnen zusammengehöre.

Wenn ein Politiker durch Tatsachen des Lebens so erschüttert worden ist, dann hat er Schlüsse zu ziehen. Welche Schlüsse zieht Stampfer? Aus dem neuen Erlebnis keinen neuen Schluß, sondern nur die selbstzufriedene Feststellung:

„So liegt die Last des Kampfes für die Freiheit, ohne die es keinen Sozialismus gibt, ganz auf unsern Schultern. Wir führen ihn für die ganze Arbeiterklasse, auch für jene Massen, die sich heute noch zu unsern Gegnern scharen.“

Und zweifeln ist der Trost, der Stampfer über seine Beklemmung hinweghilft: Daß sich die Polizei zurückhielt, darin sieht er die Nachwirkung der Schule Severings und Grzesinski, und: „Gestern erfreuten sich die Massen, hungrig und erfrorren, eines Restes der von der Sozialdemokratie erkämpften und verteidigten demokratischen Freiheit“. Zu billig ist dieser Trost, zu teuer kommt er der Arbeiterklasse zu stehen, denn er ist Selbstbetrug.

Die demokratische Freiheit, von der Stampfer spricht, ist 1918 nicht von der Sozialdemokratie erkämpft und nicht von ihr verteidigt worden. Sie wurde von den Arbeitern mit der Waffe in der Hand erkämpft, und alles, was die Sozialdemokratie in den letzten vierzehn Jahren als regierende und als tolerierende Partei tat, das war Rückentwicklung, Beschneidung, Aufhebung dieser demokratischen Freiheiten. Zehntausende von Arbeitern wurden Opfer dieser Politik.

Und Severing? Im Angesicht der Hungern, die hier demonstrierten, durfte dieser Name nicht ausgesprochen werden! War es nicht Severing, der im vorigen Sommer zu seiner eigenen Verteidigung gegenüber der drohenden Reaktion statistisch nachwies: In der überwiegenden Zahl der Fälle von Gewaltakten waren Faschisten die Angreifer und die Schuldigen, und in der überwiegenden Zahl der Fälle wurden klassenbewußte Arbeiter von Polizeikugeln niedergestreckt. War es nicht Severing, der am Weltfeiertag des Proletariats 1929 seinen Zörgiebel einen Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse von Berlin

erfassend heißt: War es nicht Severing, der im Herbst 1931 vor versammelter Polizeimannschaft eine Rede hielt, deren Inhalt war: Wir gehen einem neuen Krisenwinter entgegen, der furchtbares Elend bringen wird; und wenn dann die Hungernden zu Verzweiflung getrieben und sich empören werden, dann werden Sie, meine Herren, die Empörer niederzwingen, nicht nur mit Gummiknüppeln, sondern auch mit härteren Waffen!

Wie sagt Stämpfer? ... der tausendmal berechnete Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Not und Elend verdammt. Der wäre kein Sozialist, der diesen Haß, diesen Protest nicht mit Gummiknüppeln, sondern auch mit härteren Waffen!

Die Hungernden preten auf das platonische Mitleid, das vom pfeifenden Ton der Fingeln begleitet ist. Wenn Stämpfers Erlebnis mehr sein sollte als eine bloße Gemütsbewegung, dann hätte er die Frage nach der Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik aufwerfen müssen. Dann hätte am Anfang stehen müssen das Bekenntnis der eigenen Sünden. Dann müßte der Abschluß sein der Bruch mit der Staatsraison eines Severing und der Beginn einer Politik, die getragen ist von „dem tausendmal berechneten Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Not und Elend verdammt“. Stämpfer hatte die Gelegenheit, unsere Auffassung zu widerlegen, daß die Sozialdemokratie auch unter dem Druck härtester Tatsachen zu keiner revolutionären Politik fähig ist. Er hat sie nicht genutzt, weil er sie nicht nutzen konnte.

Die sozialdemokratische Politik ist in erster Reihe dann schuld, daß fast ein sozialer Gegensatz der Arbeiterklasse spaltet. An die Herabwürdigung führt vor dem Verlust der übermenschlichen Existenz von heute appelliert diese Politik, und diese Schwäche und Unfähigkeit hat sie bestärkt. Aber dieser Gegensatz wird überwunden und nicht verewigt werden. Denn immer elender, schwächer, unsicherer wird diese Existenz der noch im Betrieb Stehenden. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit greift ihnen allen nach der Kehle, und immer zahlreicher werden die, die nicht mehr angstvoll zurückweichen, sondern, erfüllt vom „tausendmal berechneten Haß gegen diese Gesellschaftsordnung“, sich zur Wehr setzen. Was die großen Parteien versäumen, das werden unter größeren Schwierigkeiten und Opfern schließlich die objektiven Tatsachen schaffen: den Zusammenschluß aller Proleten aus dem Betrieb und von der Stempelstelle.

Und hier stellen die letzten Ereignisse wiederum die Frage an die KPD, warum sie bisher so wenig Einfluß auf die Betriebsarbeiter gewinnen konnte, wie die SPD auf die Arbeitslosen, und weiter die Frage, ob sie durch ihre Politik diese Schwierigkeiten und Opfer verringern und den objektiven Prozess lockern will. Es war richtig, daß auf die beschissene Provokation schnell die Antwort am Bülowplatz gegeben wurde, und wir haben uns selbst angegeschlossen. Daß die KPD starke Massen in Berlin aufbieten kann, das wußte man. Doch welche ein Erfolg für ihre Partei und für die ganze Klasse wäre es gewesen, wenn die KPD sich unserem Vorschlag angeschlossen und alle Arbeiterorganisationen zur gemeinsamen Demonstration aufgefordert hätte. Was jene Organisationen auch gesagt hätten, die Massen waren größer geworden, und mehr noch: Statt einer Huldigung für das „bolsewische Zentralkomitee mit dem Genossen Thalman an der Spitze“, zu der jetzt die „Rote Fahne“ den Massenaufruf stempelt, wäre es zu einer gewaltigen Demonstration der proletarischen Einheit und Kraft geworden. Er hätte ein schmeichelndes Sammelsignal für die wirkliche Einheitsfront werden können. Die KPD hat diese Gelegenheit verpaßt, weil sie ein kleinliches Prestige-Interesse über das Interesse der gesamten Klasse stellt.

Das starke Kniffbewußtsein, das in der Demonstration am Bülowplatz zum Ausdruck kam, wird dennoch der Einheitsfront dienen. Und wir werden uns in den Dienst der objektiven Entwicklung zu diesem Ziele stellen, werden überall Hand anlegen und alle Kräfte anspannen, um die einheitliche Aktion des Proletariats zu verwirklichen. Gerade jetzt, denn die Toten von Dresden mahnen!

Sozialdemokratischer Nationalismus!

Königsberg, 27. Januar.

ON. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Landrat a. D. Lufft, hielt im Republikanischen Klub eine Rede, in der er auch die Frage der Landesverteidigung berührte. Der Redner betonte, daß gerade diese Frage für Ostpreußen von großer Bedeutung sei. Er konnte die Auffassung übertriebener Pazifisten in Deutschland nicht teilen. Da zum Beispiel Polen alle möglichen Geheimen und nicht geheimen Militärbündnisse unterhalte, sei eine starke deutsche Verteidigung unbedingt nötig. Besonders schärf wandte sich der Redner gegen die Art und Weise, wie Danzig von Polen behandelt würde.

Es wird untersucht

Dresden, 27. Januar.

WTB. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft fand eine gerichtliche Besichtigung des Saales im Keglerheim unter Zuziehung eines Sachverständigen statt. Bei einem der zahlreichen Geschloßschläge ist mit Sicherheit festzustellen, daß es sich um einen Schuß aus einem Revolver älterer Konstruktion handelt. Die Sektion der Leichen findet im Laufe des heutigen Tages statt. Eine der verletzten Personen ist inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Kabinetts Boncour gestürzt

Paris, 28. Januar.

WTB. Die Regierung Paul Boncour ist heute früh in der Kammer bei Beratung des Regierungsvortrages, die direkten Steuern um 5 Prozent zu erhöhen, mit 390 gegen 193 Stimmen gestürzt worden.

Dieses Abstimmungsergebnis wurde dadurch herbeigeführt, daß die Sozialisten sich weiterten, bei dem Regierungsvortrag mit den Radikalen und Sozialrepublikanern zu gehen.

Ueber den Regierungsvortrag war im Finanzausschuß der Kammer nicht entschieden worden. Der Finanzausschuß hatte die Abtrennung, d. h. Zurückstellung des betreffenden Paragraphen verlangt. Gegen diese Zurückstellung hatte Ministerpräsident Paul Boncour in der Kammer die Vertrauensfrage gestellt.

Die Regierungskrise drohte schon seit längerer Zeit, doch kommt der Sturz jetzt überraschend, weil es gestern noch den Anschein hatte, daß eine Verständigung zwischen den Radikalen und den Sozialisten zustande käme, in einer Reihe Einzelabstimmungen, die der entscheidenden Abstimmung vorausgingen, konnte auch die Regierung mit Hilfe der Sozialisten die Oberhand gegen die Angriffe der Rechten behalten.

Beim ganzen Konflikt handelt es sich um folgende:

Die Auswirkungen der Krise, die in Frankreich jetzt erst — reichlich zwei Jahre

später als in den übrigen kapitalistischen Ländern — voll in Erscheinung treten, führen zu immer schärferen Konflikten in der Regierung und im Parlament. Es handelt sich um ein Jahresdefizit von 10 Milliarden Franken (1,7 Milliarden Mark), wovon selbst nach den Plänen Chéron bisher nur 6,5 Milliarden durch Anleihen, Ersparnisse und Steuererhöhungen gedeckt werden könnten. Einerseits will aber die ganze bürgerliche Mehrheit der Kammer keine Kürzungen des unerhört angeschwollenen Heeres Etats vornehmen, andererseits aber will niemand die Verantwortung für tiefelschneidende Einsparungen (Herabsetzung der Beamtengelöhner, der riesigen Kriegspensionen für die Offiziere usw.) sowie für allgemeine Steuererhöhung übernehmen.

Der keiner Partei angehörige Finanzminister Chéron in der sonst von linksbürgerlichen Parteiverträttern zusammengesetzten Regierung verlangt neben diesen Einsparungen eine allgemeine Erhöhung sämtlicher direkten Steuern um 5 Prozent. Die Radikalen, als maßgebende Regierungspartei haben zunächst Sturm gelaufen gegen die Steuererhöhung, während die Sozialdemokraten, ohne deren Stützung die Regierung nicht bestehen kann, sich vor allem gegen die Herabsetzung der Beamtengelöhner wenden.

Das Kapital droht mit Steuerstreik

Die französischen Arbeitgebervereinigungen veranstalteten am 27. Januar in Paris eine große öffentliche Kundgebung gegen jede neue steuerliche Belastung. Die Arbeitgeber drohen, falls die Krise nicht schnell durch geeignete Regierungsmaßnahmen bekämpft werden könne, mit Steuerstreik.

Auslands-Rundschau

Belgrad, 27. Januar.

Der Führer des Ueberfalles auf die Kaserne des 4er Infanterie-Regiments in Brünn, Oberleutnant Kobzinek, ist heute morgen zusammen mit einem anderen tschechoslowakischen Faschisten in Makarska, östlich von Spalato (Jugoslawien), eingetroffen. Die beiden haben sich bei der Gendarmen gemeldet und um Gewährung des Asylrechts nachgesucht. Sie wurden vorläufig in Haft genommen.

Bukarest, 27. Januar.

Die Regierung hat heute ihrem Delegierten in Genf telegraphisch die Vollmacht zur Unterzeichnung des Abkommens mit dem Völkerbund unter der Bedingung erteilt, daß der Völkerbundrat das bisher parahierte Abkommen genehmigt.

Prag, 27. Januar.

Der Ministerrat hat beschlossen, für die Dauer von fünf Jahren das Rekrutenkontingent um 5000 Mann zu erhöhen. Diese Maßnahme hat, wie mitgeteilt wird, den Zweck, die für Hilfsdienste notwendige Mannschaft sicherzustellen, da

die Dienstzeit im vergangenen Jahr auf gesetzlichem Wege verkürzt worden war.

Santiago de Chile, 27. Januar.

Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich heute früh hier auf offener Straße ab. Zwischen dem in der liberalen Partei sehr einflussreichen Senator Naza, der früher auch wiederholt Minister gewesen war, und einem hohen Staatsbeamten kam es aus persönlichen Gründen zu einer Schießerei, bei der der Staatsbeamte erschossen, Senator Naza tödlich verletzt wurde.

de Valera siegt

Dublin, 27. Januar.

Die Ergebnisse der irischen Wahlen liegen zwar noch nicht vollständig vor, lassen aber schon jetzt einen starken Erfolg de Valeras erkennen. Nach den letzten Mitteilungen erhält er 63 Mandate, Cosgrave 40, die Unabhängigen 8, die Farmer 8 und die Arbeiterpartei 6, die Unabhängige Arbeiterpartei 1. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts sind wieder gewählt worden.

Zerfall der Trotzki-Gruppe

„Spaltung der Trotzki-Gruppe“. Das ist die Überschrift über eine in Leipzig von einer Anzahl bisher führender Trotzki-Anhänger in Deutschland herausgegebenen Zeitung „Permanente Revolution“. Schon die Tatsache, daß diese Zeitung nicht in Berlin und nicht von dem „offiziellen“ Herausgeber Grylewitz herausgegeben wird, kennzeichnet, daß es sich hier um eine andere „Permanente Revolution“, um ein Konkurrenzunternehmen handelt, das zur Täuschung den bisherigen offiziellen Titel des Zentralorgans der Trotzki-Gruppe gewählt hat.

Die Herausgeber der neuen „PR“ stellen sich vor als die „Mehrheit“ der deutschen Trotzki-Gruppe „Linke Opposition der KPD“ und in einem bombastischen Aufruf, wie in einer „Plattform“ und in allen weiteren Artikeln teilen sie der Welt mit, daß sie sich von Trotzki trennen und vor Stalin und der Kommunistischen Partei bedingungslos kapitulieren. Als Unterzeichner der „Plattform“ werden hundert Namen, darunter bekannte, bisher ganz fanatische Trotzki-Anhänger aufgeführt. Es wird mitgeteilt, daß noch weitere 27 „Funktionäre“ unterzeichnet hätten, „die aber nicht genannt zu werden wünschen“.

Wir wissen nicht, ob dies in der Tat die Mehrheit der deutschen Trotzki-Gruppe darstellt. Das ist auch weniger wichtig. Sicher aber ist das eine, daß mit dieser Kapitulationsaktion, auch wenn sich noch eine Anzahl Untertreter weiter als „echte“ Trotzki-Gruppe ausgeben, die deutsche Trotzki-Gruppe endgültig zerfallen und erledigt ist.

Die Art dieser Spaltung und Trennung von Trotzki ist für die Kapitulant alles andere als ehrend. Sie, die seit Jahren buchstäblich alles nachgebetet haben, was Trotzki sagte und schrieb und mit denen deshalb eine halbwegs vernünftige Diskussion kaum möglich war, verbrennen und beschimpfen jetzt Trotzki in einer geradezu widerlichen Form, wobei sie Ausdrücke wie „Gaulieder“, „skrupellose Demagogie“ und ähnliches gebrauchen. Sie behaupten dabei — ohne scheinbar zu begreifen, wie

lächerlich sie sich dabei selbst machen — daß sie „nie und niemals diese (Trotzkis) Auffassungen geteilt“ hätten. Dies und verschiedenes andere weist darauf hin, daß die Hintermänner dieses „Aufrufs“, dieser „Plattform“, in der ganzen Spaltungsaktion im ZK der KPD oder KPdS Usitzen.

Das Entscheidende aber und für die übrige Arbeiterschaft wichtigste ist die Frage, warum die Trotzki-Gruppe gescheitert ist und scheitern mußte?

Diese „Opposition“ hat den Keim ihres Versagens und Verfalls von der ersten Stunde ihres Bestehens in sich getragen. Trotzki kam in Konflikt mit der russischen KP wegen russischen Fragen. So wichtig diese Fragen auch für die Internationale sind, so können sie und auch die gewiß geniale Persönlichkeit Trotzki doch niemals die Basis für Oppositionsgruppen in anderen Ländern sein. Das umso weniger, als — nach der Theorie und den Anweisungen Trotzki — die Trotzkiisten in allen Ländern die Schaffung einer neuen bzw. den Anschließ an eine andere revolutionäre Partei ablehnten. Sie lebten in dem Wahn, dauernd Opposition der KPD außerhalb der KPD sein zu können. Das ist auf die Dauer unmöglich, verhindert jede eigene Aktivität und Entwicklung und muß die Anhänger zu Sektierern und schließlich zu rückgratlosen Kapitulant machen.

An diesen beiden Grundfehlern mußten die Trotzkiisten in Deutschland und in allen anderen Ländern scheitern und zerfallen.

Schon mehr ein Witz ist es, daß der Aufruf der Kapitulant auch unterzeichnet ist von einer „LO (linken Opposition) in der SAP“ und mitgeteilt wird, daß die „Oktoberbriefe“ dieser paar Leuten eingestellt würden. Es handelt sich hier um die ehemaligen SAP-Mitglieder Maria Sevenich, Lolo Meier, Paul Walter. Sie haben mit ihren „Oktoberbriefen“ nie eine Opposition in der SAP gebildet, sondern nur Zersetzungsversuche gemacht, die aber leicht erkannt und daher ohne jeden Einfluß blieben. Die KPD wird keine große Freude an diesem „Zustrom“ erleben.

Massendemonstration der Wiener Taxichauffeure

Die Regierung alarmiert das Heer

Wien, 27. Januar.

CNR. Auf dem Stephansplatz im Inneren der Stadt und in den anliegenden Zufahrtsstraßen veranstalteten heute nachmittags sämtliche Taxichauffeure mit ihren Wagen eine Demonstration gegen die Benzinsteuer. Durch die Tausende von Autofahrern, die auch Privatautos und Autobusse eingeklinkt hatten, ist das ganze Viertel blockiert. Der Fuhrwerksverkehr in diesen Straßen stockt völlig. Die Polizei bemüht sich, die Strafen für den Fuhrwerksverkehr dadurch wieder freizumachen, daß die Autos auf eine Straßenseite geschoben werden. Hierbei wurden die Beamten des öfteren attackiert, so daß sie wiederholt mit dem Gummiknüppel einschritten. Die innere Stadt wurde abgeriegelt und in die öffentlichen Gebäude Militär gelegt.

Wien, 27. Januar.

WTB. Die Demonstrationsfahrt der Autotaxis wegen der Benzinsteuer ist um 8 Uhr abends zu Ende gegangen. Die Regierung hatte, um Kundgebungen vor dem Parlament und dem Rathaus zu verhindern, die Straßenzüge dieses Teiles der Stadt durch Lastautomobile des Bundesheeres abgesperrt. In den Abendstunden wurden dann mit Unterstützung des Heeres die Plätze der inneren Stadt für den normalen Verkehr wieder freigegeben. In den späten Abendstunden wurden die Militärmotoren zurückgezogen und auch die in die öffentlichen Gebäude gelegten Militärwagen kehrten in ihre Kasernen zurück. Die Stadt hat wieder ihr normales Aussehen.

Während der Autofahrt selbst wurden insgesamt 35 Personen festgenommen.

Guilbeaux freigesprochen

Paris, 27. Januar.

WTB. Das Militärgericht sprach heute nach dreitägiger Verhandlung den Schriftsteller Henri Guilbeaux frei.

Guilbeaux war vom Kriegsgericht in Paris in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, weil er angeblich während des Krieges in Genf in der von ihm redigierten Zeitung „Demain“ gegen die Interessen Frankreichs gearbeitet haben soll. Im vorigen Jahre war er nach Paris zurückgekehrt und hatte ein Wiederaufnahmeverfahren beantragt. Das Militärgericht hatte die Anklage dahin erweitert, daß Guilbeaux in Ausübung seiner Tätigkeit als Untersuchungsrichter bei der Tscheka in Moskau besonders feindlich gegen französische Staatsangehörige vorgegangen sei. Vor seiner heutigen Urteilsfällung war das Gericht zu dem Schluss gekommen, daß die Beschuldigungen durch die Zeugnisaussagen entkräftet worden seien.

Fiasko

der Arbeitsbeschaffung

Gereke im Haushaltsausschuß

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses wurden die Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses und die Frage der Arbeitsbeschaffung behandelt. Reichskommissar Gereke hatte keine größere Sorge, als nachzuweisen, daß sein 500-Millionen-„Sofort“-Programm dem Privatkapital nütze und nicht schade, wie behauptet würde. Im übrigen teilte er mit, daß jetzt schon die Anträge für Kreditbewilligung zur Arbeitsbeschaffung den Betrag von 500 Mill. Mark um das Vielfache übersteige.

In der Debatte wurden von allen bürgerlichen Parteiverträttern nur die bekannten Phrasen über Arbeitsbeschaffung verzapft. Im Namen der preußischen Schattenregierung (Braun) forderte Ministerialdirektor Brecht gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. Der Sozialdemokrat Dr. Hertz verlangte neben Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich die Auflegung einer Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung.

Der neueste „Volkswacht“-Schwindel

Die „Volkswacht“, das sozialdemokratische Organ von Breslau, kann keinen Tag vorübergehen lassen, ohne irgend einen Schwindel gegen die SAP auszuhecken. Heute behauptet das saubere Blatt, die Breslauer SAP habe wegen der ursprünglich für morgen geplanten Kundgebung vor den braunen Häusern den Polizeipräsidenten höflichst um Erlaubnis gebeten; dieser habe die Kundgebung gar nicht verboten, sondern die SAP nur gefragt, ob sie nicht in anderen Straßen demonstrieren könnte und daraufhin habe die SAP, um als besonders revolutionär dazustehen, davon gesprochen, daß ihre Kundgebung verboten sei.

Soviet Worte, sozial liegen. Die SAP hat niemals den Polizeipräsidenten „höflichst um Erlaubnis gebeten“. Der Polizeipräsident hat von sich aus, als er von unserem Aufmarschplan erfuhr, den Marsch durch die Neudorf- und durch die Bischofsstraße eindeutig verboten. Durch dieses Verbot wurde der von uns geplanten Demonstration ihr eigentlicher Sinn, vor den Braunen Häusern zu erscheinen, genommen.

Unsere Mitteilungen entsprachen also voll und ganz den Tatsachen, während die „Volkswacht“ und bei diesem Anlaß, bei dem es wahrhaftig ihre Pflicht wäre, gegen die Unterdrückung einer proletarischen Kundgebung zu protestieren, nur den einen Gedanken hat, durch Schwindelgeschichten der verhassten SAP eins auszuwichen. Dieses Verhalten richtet sich von selbst.

Wenn einer keinen Ausweis hat

Das „Berliner Tageblatt“ (wohlgerichtet, nicht etwa eine kommunistische oder andere proletarische Zeitung) brachte in seinen letzten Nummern eine Reportage von J. E. Politzky über seine Erlebnisse als Asylisten. Der bekannte bürgerliche Journalist schildert in einem Artikel, wie er sich in einen Asylisten verkleidet und in zerlumplem Anzug eine Wanderung durch die Anstalten, in denen unentgeltliche Speisen dargeboten werden, gemacht habe. Um festzustellen, was einer, der aus irgend einem Grunde keine Ausweispapiere besitzt, bei solchem täglichen Unbehagen erleben kann, hatte er sich entschlossen, kurzerhand zu erklären, daß ihm seine Papiere abhanden gekommen seien.

Was er schildert, gibt so ungläubliche Einblicke in die Methoden im Asyl und auf dem Polizeipräsidium, daß wir die Reportage bringen — um so mehr, als es sich hier um ein Zeugnis aus dem bürgerlichen Lager handelt.

„Doofer Roßappel“

Vor den mächtigen städtischen Bauten lungerten mehrere Gruppen Obdachloser herum, die sich offenbar ihre Schlafplätze für die Nacht im Asyl schon gesichert hatten und nur noch draußen blieben, um zu rauchen und zu schwatzen. Gleich stürzte einer auf mich zu, ob ich vielleicht was von meinen Sachen verknopfen möchte: Messer, Tabak, Zigaretten, Zigarettenstiel, Hosenträger, Leibgurt — ganz egal, er kaufe alles. Er habe Geld wie Mist, und er zeigte auch verlockend zwei Fünfringpfeifengestänge. — Nein, ich hätte nichts. — „Doofer Roßappel!“ war seine enttäuschte Antwort.

Man tritt durch das Hoftor ein und hat den Eindruck einer stillgelegten unfreudlichen Fabrik. Endlich kommt man in den Aufnahmehaus, dessen Wände riesige alphabetisch geordnete Kartothekkästen bedecken. Auf Befragen nannte ich einen nom de guerre. Ich hätte neben dem Pseudonym natürlich meine richtigen Daten angeben können, aber weil ich jede Beziehung zu mir selbst abbrechen wollte, erforderte ich rasch irgendwelche Personalien. Da ich nicht darauf vorbereitet war, daß man mich, der ich nur um ein Nachtlager bat, auch nach dem Vatersnamen meiner Mutter und nach nach anderen Dingen fragen würde, die mit meiner Bitte um ein Bett in keinerlei Beziehung mehr zu stehen schienen, merkte ich mir das, was ich im Augenblick erdichtete, nicht sehr genau. — „Papiere?“ — „Sie sind mir gestohlen worden.“ Ein Papagei? „Ja.“ „Dann: „Keinerlei Ausweis?“ Nicht mal die Quittungskarte?“ „Nein, nichts.“

Eine erdichtete Kartothekkarte wurde mit meinen erdichteten Angaben ausgefüllt und mir zur Unterschrift vorgelegt. Ich unterschrieb mit meinem Pseudonym. Dann wurde ich in das nächste Zimmer gewiesen. Drei Männer empfingen mich, wohlgenährte Gestalten, martialische Gestalten. Nachmals die Frage: „Papiere?“ „Habe ich leider nicht.“ „Nichts?“ „Gut nichts.“ „Ja, da kann ja jeder kommen und uns was vorlegen. So geht das nicht, Freundchen. Na, mal rangetreten.“

Leibesvisitation

Alle meine Taschen wurden abgetastet und ich bekam abgenommen, was ich bei mir trug. Es war fast nichts. Einen kleinen billigen Rasierapparat, ein Federmesserschon, zwei Bleistifte. Da ich mit dieser Möglichkeit gerechnet hatte, unbedingt aber mir Notizen machen wollte, hatte ich noch ein drittes Bleistiftende an meinem Körper versteckt, wo es

kaum vermutet wurde. Noch ahnte ich nicht, was diese Revision zu bedeuten hatte. Meine Neugierde wurde mit allerhand dunklen Redensarten gefüllt, die jedoch durchaus beruhigend klangen. Bald sollte ich erfahren, daß das ganze Manöver nur eine List war, um zu verhüten, daß ich noch Reißaus nahm. Jetzt wurde ich aufgefordert, einem Beamten zu folgen. Ich glaubte natürlich, daß man mich in den Schlafraum führen würde; statt dessen ging es auf den Hof. Eine schwere Tür wurde aufgeschlossen, ich erblickte eine Zelle, in die ich, ohne ich mich versah, hineingeschoben war. Hinter mir schloß sich die Tür. Ich war gefangen. Und da stand ich.

In der „Zelle“

Ich befand mich in einer Zelle, die an den drei Wandseiten mit drei splittigen Holzbänken ausgestattet war. Steinboden, Steinwände, an der Decke eine kleine Glühbirne. An den Heizungsrohren liefen die Schwaben spazieren. Der Raum war drei Schritte breit und vier Schritte lang und stank mörderisch. Die Wände waren vollgekratzelt. Das Bedürfnis der Insassen, sich hier zu verewigen, war erstaunlich. Als ob dies die Wartburg gewesen wäre (warten mußte man wohl oder übel, aber eine Burg war es gewiß nicht), hatten die meisten ihren vollen Namen nebst Geburtsort und Datum des Aufenthalts an die Wand geschrieben. Man sah aber auch zottige Zeichnungen, Hakenkreuze, Sowjetsterne, las Plüsch, unflätige Worte, Sinnsprüche, Witze, Flüchtigkeiten. Wahrscheinlich wurden mir die Bleistifte abgenommen, um von vornherein diesen Drang zu unterbinden.

Nachdem ich etwa eine halbe Stunde in der stinkenden Zelle zugebracht hatte, die zwar ein drahtnetzvergittertes, aber hermetisch verschlossenes Fenster enthielt, wollte ich wissen, was meiner harzte und bummerte mit den Absätzen heilig an die Tür. Ein Hüte kam und fuhr mich an: „Was ist denn los?“

„Warum bin ich denn hier eingesperrt worden?“

„In zwei Stunden kommt der Wagen, der fährt zum Erkennungsdienst nach dem Alex. Wir wollen wissen, mit wem wir es zu tun haben. Verstanden?“

„Aber ich bin heimgelommen, weil ich todmüde bin, und ich möchte schlafen.“

„Da sind ja Bänke.“

„Hier stinkt es fürchterlich. Lassen Sie mich wenigstens in Ihrem Raum warten.“

„Bei uns stinkt's genau so.“

Tür zu. Abgeschlossen. Da saß ich wieder.

„Maul halten“

Nach einer Weile, da die Luft unerträglich geworden war, machte ich wieder Krach. Der Hüte kam wieder.

„Lassen Sie mich doch hier raus“, bat ich, „ich ersticke hier.“

„Jetzt aber Schluss mit dem Radau, sonst gibst's was raus! Verstanden?“ drohte er und schrie mir ins Gesicht: „Das neue Strafgesetzbuch sagt ausdrücklich: Wer keine Papiere hat, wird eingesperrt. Verstanden? Man läßt sich seine Papiere nicht stehlen.“

„Ich war todmüde auf einer Bank eingeschlafen“, erforderte ich, „und da bin ich bestohlen worden. Das ist doch schon manchem passiert.“

„Kann jeder sagen. Erst wollen wir wissen, mit wem wir es zu tun haben. Wer nichts auf dem Kerbholz hat, wird wieder zurückgebracht. Morgen ist dann noch Zeit genug zum Schlafen.“

„Aber ich bin heute todmüde.“

„Maul halten!“

Tür zu. Abgeschlossen. Nach einer Stunde hämmerte ich von

neuem an die Tür. Jetzt kam ein freundlicherer Mensch.

„Erlaubt die städtische Wohlfahrt dem Asylisten, mal auszutreten?“ fragte ich. Es wurde unter Berücksichtigung gestattet. Ich sagte: „Was seid ihr für eine Gesellschaft! Ich komme her im Vertrauen auf das Asylrecht und weil dies ein Wohlfahrtsinstitut ist, wo ich hoffe, schlafen zu können. Man muß es mir ja angesehen, wie fertig ich bin. Statt dessen werde ich hinterlistig gefangen genommen und stundenlang in einem stinkenden Loch eingesperrt. Ihr geht ja schön um mit den armen Teufeln, die müd und elend zu euch kommen.“

„Mensch, nehmen Sie doch Vernunft an! Hier kommen allerhand Leute her, die ein Obdach suchen: Offiziere, Schriftsteller, Schauspieler, Lehrer, überhaupt ein sehr großer Prozentsatz Intellektueller. Wer kennt sich da aus? Sie werden jetzt abgeholt und zum Erkennungsdienst gebracht. Na, das ist doch nicht schlimm. Durch Funkspruch wissen sie am Alex in ein paar Minuten alles, was über Sie auszuknabeln ist. Na, dann kommen Sie morgen wieder zu uns, wenn Sie nichts auf dem Kerbholz haben. Wollen Sie was zu essen haben?“

Ich dankte. Die Tür wurde geschlossen. Ich machte mir jetzt meine Notizen. Nach sechs wurde ich bei dieser Arbeit gestört, und jetzt sollte ich auch mit dem „Grünen Wagen“ Bekanntschaft machen. Unter vielfacher Bewachung wurde ich hineingeschoben und fort ging's.

Der grüne Wagen

Der „Grüne Wagen“ ist eine große Kiste, die innen links und rechts je eine Bank hat. Die Tür, die sich hinter dem Chauffeursitz befindet, ist nur von außen zu öffnen. Sie hat eine mit dickem Drahtnetz vergitterte Öffnung von einem halben Quadratmeter Umfang, so daß die einströmende Nachtluft die Insassen in ihren mehr oder minder düftigen Lumpen reichlich abkühlt. Zwischen Chauffeur und Tür steht ein kräftiger Wachtmeister, stumm wie eine steinerne Sphinx. Ein Fluchtversuch ist ganz unmöglich.

Der Weg vom Asyl in die Fröhelstraße nach dem Alexanderplatz dauerte etwa zwei Stunden; er führte über das Gefängnis in Lichtenberg, über die Polizeigewahrsame in Niederschöneweide, Neukölln und Treptow. Überall wurden neue Häftlinge zugebracht und jeder hatte das Bedürfnis, sofort seinen Fall zu erzählen, auszuschnürcen und die Möglichkeiten der Strafe zu erwägen. Man tauscht Erfahrungen aus. Selbstverständlich war jeder unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Alle lechzten nach Tabak. Sie waren fast den ganzen Tag auf den Polizeistationen in Haft behalten worden, und man hatte ihnen Leibgurt, Hosenträger und Selbstbinder abgenommen, Messer und andere spitze Dinge, damit sie sich in den Zellen nicht aufhängen oder sonstwie unbringen konnten. Manche hatten sechs bis acht Stunden lang in einem verschlossenen telefonzellenkleinen Raum stehen müssen, bis sie abgeholt wurden. Wie sie sich dort hätten erlösen können, war ihnen allen ein großes Rätsel. Nur die Gegenstände, die ihnen zum Erhängen hätten dienen können, wurden ihnen beim Einsteigen in den Grünen Wagen zurückgegeben, so daß jeder Neuhinzugewommene wieder Gürtel und Hosenträger befestigte und den Selbstbinder umnahm. Bald hatte ich heraus, daß jeder „Unschuldige“ hoffte, wenigstens ins Lichtenberger Gefängnis zu kommen, das nach allen Schilderungen ein Eldorado sein mußte.

Es war acht Uhr abends, als wir acht Mann durchfrosen und durchstuckert im Polizeipräsidium am Alexanderplatz einfuhren.

Wachtmeister empfing uns in einem kellerartigen Gang, wo an der Wand ein Stuhlpost aufgestellt war. Der Tag, den er an der Wand war militärisch im zehnten Quadrat. Wir mußten uns hinter ihm aufstellen und er ließ für uns angelegte Akten abknöpfen. Wir wurden der Reihe nach abgefragt. Ein Wachtmeister, der die Rolle eines Kaffeehausspiels, behielt was im Auge. Als mein fingierter Name fiel, war es meine Pflicht gewesen, ohne Aufforderung — so wie es meine „Kameraden“ machten — sofort die Geburtsdaten anzugeben. Die hatte ich aber vergessen; außerdem hatten mich die Kundfische von mir selbst abgelenkt. Eine kurze Pause entstand. Der Hauptwachtmeister blickte mich an, und wenn Blicke töten könnten, wäre ich im Nu eine Leiche gewesen. „Geboren?“ brüllte er.

„Ja“, sagte ich verdattert.

„Kriegst du dein verfluchtes Maul nicht auf?“ schrie er. Da fiel mir Gott sei Dank mein erdichteter Geburtsort ein. „Abtreten!“ Der Kolporteur fragte: „Was zu essen haben?“ Ich dankte.

„Nimm dir 'ne Deckel!“ Ich nahm eine jener herbeichtigen Decken, von denen mir schon im Grünen Wagen von meinen Leidensgefährten die „Lausigsten“ Geschichten erzählt worden waren. Der Gedanke, eine lange Nacht hier zubringen zu müssen, schreckte mich nun doch zurück und ich wollte Einwände erheben. Mir war vor der Fülle der Erlebnisse, in die ich gedrängt wurde, bange geworden. Ich hatte fast den Mut verloren. „Bitte, hören Sie...“ Aber ich wurde sofort niedergebüllt: „Ich höre gar nichts. Marsch! Ab!“ „Aber ich bitte Sie...“ „Du hast gar nichts zu bitten. Ich lasse mich mit dir nicht in Geschichten ein“, schrie er wie toll. „Aber ich möchte doch eine Erklärung abgeben!“ versuchte ich neuerdings zu protestieren. Ich war tatsächlich drauf und dran, Farbe zu bekennen. „Vorwärts!“ schrie er, stieß mich fort und warf mich in einen Raum. Ich lag buchstäblich hinein — ohne Flugzeug versteht sich! — und die Tür wurde mehrfach verschlossen.

Es war überhaupt für alle Beamten ohne Ausnahme typisch, daß sie keinerlei Erklärungen entgegennehmen wollten, sondern einen schon beim ersten Wort niederbrüllten.

Geistesgegenwart

Auto auf dem Eise eingebrochen

Stralsund, 27. Januar.

WIB Ein Kraftwagen, der von dem 25-jährigen Autofahrerunternehmer Krüger gesteuert wurde, geriet zwischen Allfahr und Stralsund auf dem zugefrorenen Strelasund in eine offene Stelle. Im nächsten Augenblick war der Wagen unter der Eisdicke im Strom verschwunden. Die Tiefe beträgt hier etwa 10 bis 12 Meter. Der eine Fahrgast, ein Pferdehändler aus Stralsund, hatte auf dem Grund des Sees die unglückliche Geistesgegenwart, die Tür des Autos zu sprengen. Durch den Aufbruch des Wassers wurde er an die Oberfläche gebracht, und zwar zuerst unter das Eis. Es gelang ihm aber, bis zur eingebrochenen Stelle zu kommen. Mit den Händen klammerte er sich an das Eis und mit den Zähnen hielt er sich an einem ihm von den Fußgängern zugeworfenen Mantel fest. So konnte er gerettet werden. Die Versuche, auch die beiden anderen Insassen des Autos aus ihrem furchtbaren Gefangnis zu befreien, mußten erfolglos abgebrochen werden, obwohl auch Berufsfeuerwehr aus Stralsund mit Leitern und Bootshaken arbeitete.

Das Eis auf dem Strelasund war Donnerstag von der Polizei lediglich erst für den Fußgängerverkehr freigegeben worden. Vor dem Befahren mit Fahrzeugen war ausdrücklich gewarnt worden.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Auch Akssjutka blühte frühlingshaft, und in meinem Herzen war eine Zärtlichkeit für sie. „Akssjutka! Zieh dich jeden Tag so festlich an. Du bist so jung, so wie der Frühling.“ Sie erröte, sah auf den Himmel, in den Garten und ging mit leichten Mädchenschritten von mir.

Bankin kam zum Balkon in einem Kattunhemd und einer alten grauen Mütze. Er lächelte mich nur mit seinem Bart an und winkte mich mit der Hand zu sich. „Was sagst du zu diesem Frühling, Bankin! Wenn auch der Sommer so schön ist, Welch ein Ueberfluß wird dann über die Kommune kommen!“

„Jol! Gemeinschaftliche Arbeit, im großen und ganzen... das ist sozusagen das Borometer des sozialistischen Aufbaues... Die Natur arbeitet unter unserer Leitung... organisiert... Bis zum Herbst muß man, im großen und ganzen die Kollektivierung überall durchgeführt haben... sozusagen!“

Seine Worte waren komisch in ihrer Schwerfälligkeit und rührend in der Hilflosigkeit, seine seelische Erregung auszudrücken.

Ich ging hinter ihm ins Wohnhaus, wo er allein in seiner Einsamkeit wohnte. Warum nahm er mich zu sich mit? Niemals lud er jemand zu sich ein und jetzt plötzlich schleppte er mich geheimnisvoll und geschäftig zu sich hinein.

Er öffnete die Tür, und wir gingen schweigend in sein Zimmer. Es roch nach Schimmel und Oede. Ein Bett stand da, mit einer

Barchentdecke zugedeckt, und ein Tischchen, auf dem Papiere und Bücher lagen. Etwas Strenges und Asketisches schwebte in jeder Ecke, schwebte in dieser Oede. Er trat zu einer kleinen, braunen Tür in der Wand und stieß sie mit dem Fuß. Wahrscheinlich war dieser dunkle Raum einmal eine Rumpelkammer gewesen. Es roch nach Mäusen und Staub. Und Bankin selbst, wie immer dumpf und stumpf, kam mir wie ein verstaubter Mensch vor.

„Schau mal her... schau hier... ein Lager... da spricht man darüber... Unwirtschaftlichkeit... große Maßstäbe, im großen und ganzen... man muß aber wissen, auf was für Füßen man steht... Ihr alle denkt euch immer etwas Neues aus... im großen und ganzen... Verschwendung... Ein Nagel, eine Blechbüchse, eine Pappschachtel sind Wertgegenstände... Nicht alles, was vom Dorfe kommt, ist schlecht... Mein Vater war streng... Jedes Nädelchen, jedes Fetzenchen hob er auf... Schau mal hin... alle Abfälle sind Wertgegenstände... Metall... Papier... alles das kommt in die Fabrik... zur Umarbeitung... Der Staat braucht Rohmaterial... man muß alles mit offenen Augen betrachten... wirtschaftlich... wir sind nicht Sklaven... wir sind die Herren des Landes! Schau mal nach im großen und ganzen, was ich hier alles habe... Lernen muß man... alle müssen es... Nützliche Gegenstände sind Gold... Zum erstenmal hörte ich so eine lange Rede von ihm. Aber er sprach leidenschaftslos und langweilig. Er hielt selten Vorträge, meistens traten Wjetrow und Guljaka für ihn auf. In der Parteiarbeit war er aber pünktlich und sorgfältig.

In dem fast nächtlichen Dunkel des Zimmerchens sah ich hohe, trübe Haufen aller möglichen Lumpen. Die kleine Kammer war voll mit altem Zeug: da waren kleine Stückchen Eisen, Haufen verrosteter Nägel, alter Draht, kleine Kästchen, Bretterchen, kleine Stücke Bindfäden, Lederriemen, zerquetschte Blechdosen. Es ist unmöglich, alle die Sorten dieser Abfälle aufzuzählen. Augenscheinlich waren diese Abfälle schon seit Jahren bei ihm

aufgestapelt. Waren emsig, liebevoll und eifrig zusammengetragen.

„Genosse Bankin, wozu brauchst du diesen ganzen Misthaufen? Was fängst du damit an? Das ist doch Geiz!“

Grünliche Funken blitzten in seinen Augen, und sein Bart zuckte böse.

„Man wetzt die Zungen... Prochor kurbelt an... Wjetrow brummt. Das ist ein Vermögen... nicht mein Vermögen, sondern gemeinschaftliches... Da darf man aber auch nicht verschwenden, da muß man sammeln. Was sagte Lenin? Jeder Dreck kann für die Wirtschaft nützlich sein...“

Zum erstenmal lächelte er wie ein Mensch, der eine gewaltige verantwortliche Sache erfüllt hatte. Das war ein Kämpfer, der eine große Heldentat vollbracht hatte. Und ich schämte mich meiner Voreingenommenheit ihm gegenüber, ich schämte mich meines leichtsinnigen Staumens. Ich drückte ihm fest die Hand und ging rasch aus dem Zimmer. Trotz alledem konnte ich aber ein peinliches Gefühl in mir nicht niederkämpfen.

Als ich auf die Straße lief, schien es mir, als flöge ich hoch in den Himmel, zu den mächtig dichten Wolken, als flattere ich über den Hügeln und dem Schneehaufen gleichen Garten.

Auf dem schmalen Bürgersteig stieß ich mit Luscha zusammen. Sie ging erschöpft, den Kopf nach hinten geworfen, schwer und schwerfällig. Ihr Leib streckte sich hervor, der Rock spannte sich über ihm. In ihren Augen plätscherte Qual und Glück. Ihr Gesicht war unschön geworden, rotteckig, doch ihre Lippen reizten noch immer herausfordernd zum Kuß. Die schweren Haarsträhnen glühten wie Gold. Sie sah mich von oben herab an, müde, mit stolzer Ergebenheit und schien mit ihrem ganzen Wesen in sich hinein zu horchen. Früher schlankerten ihre Arme beim Gehen frei und leicht, jetzt aber lag die linke Hand auf ihrem Leib, als verteidigte sie ihn, die rechte hielt sie auf dem Rücken. Die hohen Brüste waren weich geworden und hingen herab. Es schien, als flöbe alles an ihr hinunter. Der Rock war

vorn kurz, entblößte schamlos die Beine bis zu den Knien. Die schmiegsame heißblütige Luscha war nicht mehr da; das war eine neue, noch nie dagewesene, mit sich selbst beschäftigte Frau, voll heimlicher Weisheit, die ein mir unverständliches, trauriges Geheimnis ergründet hatte. Seit einiger Zeit hatte es den Anschein, als hätte sich zwischen ihr und mir eine Leere gebildet, die uns voneinander riß und uns voneinander entfernte.

Wir standen einander gegenüber und lächelten, und in unserem Lächeln war Entfremdung und Unbeholfenheit. Beide wollten wir auseinander gehen, aber irgendeine von uns unabhängige Kraft verband unsere Bewegungen. Dann gingen wir beide, fast unbewußt, in den Garten. Wir gingen zusammen, Arm in Arm, aber jede allein für sich. Wir störten einander, konnten uns aber nicht voneinander losreißen. Wir gingen und schwiegen. So traten wir langsam, jede mit sich selbst beschäftigt, in die üppig blühende Allee. Die Aeste, schwer, flaumig, wie dicke Schwärme flatternder Schmetterlingsflügel streiften unsere Gesichter, die undurchsichtige Masse der Bäume loderte schraubende in weißen vollen Flammen. Der ganze Garten schien befügelt, durchsichtig, leicht und ich fühlte mich durchdrungen vom Licht und von den Wolken. Diese weißen Schneehaufen auf den verworrenen, verflochtenen Aesten klangen wie unsichtbare Saiten und sangen mit ihren feurigen Tiefen. Man hatte Lust, stehen zu bleiben und diesem unermeßlichen Orchester zu lauschen. Das waren unsere Bienen, die zwischen den Blumen schwärmten und mit ihren goldenen Staubfäden lebenden, staubenden Blumen glichen.

Luscha blieb stehen und versenkte ihr Gesicht in eine weiße Schneewolke. Sie war, der Blumenmusik lauschend, ganz erstarrt. Ich stand neben ihr und schwieg, und es schien mir, als löse ich mich in den Wellen des dunstigen Lichtes und des Gesangs der Bienen auf.

„Galotschka!“ Luschas Stimme war leise, traurig und herzlich.

Ich trat zu ihr, schweigend nahm sie meine Hand... (Fortsetzung folgt)

Betriebs-Faschismus

Von Siegfried Wagner

Mit Händen und Füßen wehrt sich der zusammenbrechende Kapitalismus gegen den um seine Existenz und Befriedigung ringenden Todfeind Proletariat. Seine letzte Stütze und furchtbarste Waffe ist die offene faschistische Diktatur. In der gegenwärtigen Situation der sich mehr und mehr verschärfenden Klassengegensätze erlebt die Arbeiterschaft die Faschisierung in Staat und Wirtschaft. Faschistische Terrortruppen und Mörderbanden sind straflos, werden von den kapitalistischen Machthabern geduldet und gefördert. Politische Notverordnungsmaßnahmen richten sich in ihrer vollen Schärfe ausschließlich gegen revolutionäre Proletariat. Mit allen nur denkbaren Gewaltmitteln versucht der Kapitalismus seine Existenz zu verteidigen. Und vor allem gilt es ihm, seine ökonomische Grundlage zu sichern, die Betriebe zu schützen. Der Arm des klassenbewußten Proletariats am Hebel der Produktion ist ihm ein sehr unzuverlässiger Arm. Die Betriebe sollen, um den Kapitalismus zu retten, faschisiert werden.

Der „Ueberwindung der feindlichen Oppositionsstellung zwischen Arbeiter und Unternehmer... Befriedigung und Befriedung des Arbeiters im gegenwärtigen Wirtschaftssystem“ dienen

die Ziele des Dinta

(Deutsches Institut für technische Arbeitsforschung). Einige Befürworter des Dinta sagen dies allerdings deutlicher. Der Dintavertreter Arnold meinte: „Letzten Endes soll die Erziehung der Belegschaften in unserer Industrie Ersatz für das alte Heer sein. Der Arbeiter muß begreifen lernen, daß im Produktionsprozeß mehr gedient als verdient (ist) werden muß.“ Noch offener sprach sich im Mai 1935 Professor Dunkmann in einem Referat vor dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute aus: „... dieser disziplinierte Wille muß bestimmt und fest sein, jede Nachgiebigkeit und Unstetigkeit bringt die Masse in Unordnung. Wir denken an unser gutes preußisches Militär und seine wundervolle Zucht. In gewissem Sinne ist die deutsche Wirtschaft das Erbe dieses preußischen Militarismus, was ihr sicher nicht zur Unzucht gereicht.“

Dunkmanns Referat wurde zur Programmrede, denn auf dieser Tagung der Eisenhüttenleute gründeten die Schwerindustriellen das Dinta, Werkgemeinschaften und Werkspartverbände sollten mit preußischem Drill die Arbeiter zu willenlosen Knechten des Kapitalismus erziehen. Das Dinta sollte die Arbeiter organisieren, um sie an die Ketten der „Volksgemeinschaft“ zu schmiegen damit sie „nützliche Glieder der Wirtschaft“ werden und — das Maul halten. Die Pläne der Dinta sind zu großem Teil hoffnungslos geworden, weil die zunehmende Wirtschaftskrise auch die Klassengegensätze von Tag zu Tag verschärft. Es ist dem Dinta nicht gelungen, die Arbeiter in den Betrieben von oben zu organisieren und diese vom Unternehmertum geformte und geförderte „Arbeiterorganisation“ wesentlich den Zwecken kapitalistischer Ausbeutung und kapitalistischen Klassenkampfes nutzbar zu machen.

Was dem Dinta nicht gelang, soll nunmehr durch die Organisation kapitalistischer Soldatruppen in nationalsozialistischen und anderen faschistischen Betriebszellen möglich werden.

Der Kapitalismus benötigt, um faschistisch regieren zu können, eine breite Massenbasis. Dazu ist ihm die nationalsozialistische Bewegung gerade recht. Die Industriemagnaten und Zechenmagnaten herrschen, Büttel und Zutreiber spielen die Nationalsozialisten. So dringen die Nationalsozialisten auch in immer stärkerem Maße mit ihrer Propaganda in die Betriebe ein, bilden faschistische Betriebszellen, stellen eigene Betriebsvertrauensleute auf und beteiligen sich an den Betriebsratswahlen, um die Organisationen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen und zu verhindern, daß das klassenbewußte Proletariat in den Betrieben um seine Rechte und Forderungen kämpft.

Als Zuhälter der schwärzesten Reaktion brachten die nationalsozialistische Betriebszellenabteilung München im Frühjahr 1932 ein vertrauliches Rundschreiben heraus, in dem wörtlich folgendes niedergeschrieben war:

„Bei Streiks können keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Parteigenossen-Arbeitgebern zu zerstreuen... Wichtig ist noch, die Herren Parteigenossen-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch versochte.“

Die Arbeiterpresse ist auf diese Anbiederungen schon genügend eingegangen. Notwendig ist aber, noch eindringlicher als bisher auf die Gefahr der Faschisierung der Betriebe hinzuweisen.

Mittlerweile haben sich ja die Nationalsozialisten an einem größeren Streik, dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik, beteiligt. Daß jedoch diese Beteiligung an einer Aktion der Arbeiterschaft nur eine Farce war, beweisen die Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre, von der Kreisleitung der Nationalsozialistischen Partei Groß-Frankfurt herausgegeben: „Der nationalsozialistische Betriebsfunktionär wirkt als Vertrauensmann der Partei. In dieser Eigenschaft muß es ihm gelingen, auch Vertrauensmann der Belegschaft zu werden. Sozialpolitische Beratung und arbeitsrechtliche Vertretung bei allen sich bietenden Gelegenheiten müssen ihm willkommen Mittel sein, das Vertrauen seiner Arbeitskollegen zu erringen. Je mehr er das erreicht, um so leichter wird dann seine politische Propaganda sein, und um so stärker

seine organisatorischen Erfolge für die nationalsozialistische Bewegung.“ Diese Stellungnahme führt sogar zu einem platonischen Bekenntnis für die bestehenden Gewerkschaften, „deren statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien“ verhindern müsse. Nach den Frankfurter Richtlinien hat der nationalsozialistische Betriebsfunktionär die Aufgabe:

„1. den Marxismus in seinen stärksten Bollwerken — den Betrieben — zu schlagen, 2. die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus auszubauen. Und deshalb: „Keine Betriebsvertretung ohne Nationalsozialisten! Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten!“

Das Ziel der faschistischen Betriebsarbeit ist selbstverständlich der Schutz des Kapitalismus vor dem Ansturm der revolutionären Arbeiterschaft, denn „der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an“, wie

der Punkt 8 der nationalsozialistischen Programmformulierungen von Gottfried Feder angibt. Der nationalsozialistische Wortkampf gegen das bestehende System ist nur ein Kampf um die Faschisierung des Staates, seinem Ziel gilt die gewalttätige Ausübung militärischer und polizeilicher Macht gegen das revolutionäre Proletariat. Wenn die Nationalsozialisten vom zusammenbrechenden System sprechen, dann meinen sie nicht etwa den Zusammenbruch einer morschen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern lediglich das blicke bürgerliche Demokratie und die geringen politischen Freiheiten, die der kapitalistische Staat der Arbeiterschaft noch ließ. Die Eroberung der Betriebe durch den Nationalsozialismus soll den Einfluß klassenbewußter revolutionärer Arbeiter voll und ganz ausschalten. Die Faschisierung der Betriebe marschiert. Das revolutionäre Proletariat muß auf seine Hand am Hebel der Produktion nicht geben. Und notwendiger denn je gilt es, den proletarischen Klassenkampf um die Betriebe zu führen.

Bauarbeiter-Elend

Die Leitung des Deutschen Bauwerksbundes hat eine Statistik über die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter zusammengestellt und veröffentlicht. Dies ist in Nr. 3 der Gewerkschaftszeitung unter dem Motto: „Zahlen reden“ erschienen.

Jedem, der sich nur entfernt mit Wirtschaft und Statistik beschäftigt, ist klar, daß die Bauarbeiter am stärksten von der Arbeitslosigkeit getroffen werden, weil die Bauindustrie die schärfste rückläufige Bewegung in der Krise aufweist. Was aber aus der statistischen Erhebung des Bauwerksbundes hervorgeht, übersteigt selbst die pessimistischsten Vermutungen.

Im Jahre 1925 zählte hiernach der Deutsche Bauwerksbund im Durchschnitt 14,13 vom Hundert Arbeitslose. 1926 stieg diese Durchschnittszahl der im Bauwerksbunde organisierten arbeitslosen Bauarbeiter auf 27,4 v. H., 1927 und 1928 trat eine kleine Erleichterung ein. Die Arbeitslosenziffer betrug in diesen beiden Jahren 18,97 bzw. 18,99 v. H. Das Jahr 1929 leitete dann die furchtbare Krise ein und 1930 schnellte die Durchschnittszahl der arbeitslosen Mitglieder des Bauwerksbundes auf 47,57 v. H. 1931 waren es schon 68,06 v. H., um im Jahre 1932 eine Durchschnittszahl der organisierten arbeitslosen Bauarbeiter von 82,42 v. H. zu erreichen.

Das bedeutet also, daß im verfloßenen Jahre von 100 im Deutschen Bauwerksbund organisierten Arbeitern nur ca. 18 Beschäftigung fanden, während 82 von den Bettelpennigen der königlichen Unterstützung leben müssen.

Ähnlich ergeht es auch allen anderen von der Bauwirtschaft abhängigen Berufen.

So haben beispielsweise der Zimmererverband, der Malerverband und der Steinarbeiterverband ähnliche Arbeitslosenzahlen.

Diese Elends-Statistik wird in der Gewerkschaftszeitung wie folgt kommentiert:

„Auch das begonnene Jahr 1933 zeigt keinen besonderen Lichtblick. Vielmehr ist es Usus geworden, durch allerlei fragwürdige, vom Staat unterstützte Experimente den eigentlichen Bauarbeitern das bißchen Bauarbeit noch mehr zu schmälern. Angesichts dieser überaus jammervollen Zustände kann gar nicht laut genug der Ruf erhoben werden: Her mit Bauarbeit für die hungernde Bauarbeiterschaft!“

Dieser Ruf nach „Bauarbeit für die hungernde Bauarbeiterschaft“ muß so lange ungehört verhallen, als sich die freien Gewerkschaften nur auf einen Appell an die Reichsregierung beschränken. Nur die Einsetzung der gewerkschaftlichen Machtmittel im außerparlamentarischen Kampf mit dem Ziel der Entfaltung des politischen Machtkampfes auf der ganzen Linie kann hier Änderung schaffen. Voraussetzung ist allerdings, daß die sozialistische Ueberparteilichkeit in den freien Gewerkschaften hergestellt wird, und das kann nur durch eine zielklare Oppositionsarbeit innerhalb der Gewerkschaften erreicht werden. Deshalb Kampf gegen die SPD-Politik in den freien Gewerkschaften. Die Beseitigung dieses Zustandes ist die Voraussetzung des Kampfes um den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Niedergangskrise. Diese Lehren müssen aus der Elends-Statistik gezogen werden.

Opposition wächst

im Deutschen Freidenkerverband Ortsgruppe Zeitz

Die Ortsgruppe Zeitz im Deutschen Freidenkerverband, die stärkste Freidenkerorganisation in Mitteldeutschland, hielt am 23. Januar ihre Generalversammlung ab.

Der Vorsitzende Genosse Busch (SPD) gab den Geschäftsbericht. Die Ortsgruppe zählt zirka 3600 Mitglieder und konnte damit im wesentlichen trotz der weiteren materiellen Verelendung ihrer Mitglieder ihren Bestand halten. In der Diskussion übte unser Genosse Agricola Kritik an der mangelnden Aktivität der Ortsgruppe. Wo blieb der Protest als der proletarische Freidenkerverband verboten wurde? Was unternahm die Leitung, als vier reaktionäre, konfessionelle Lehrer an die weltliche Schule versetzt wurden? Weiter sprachen hierzu Nolk und Klaiberg (KPD) und Schulze und Dietrich (SPD).

Die Vornahme der Wahlen vollzog sich stürmisch. Die Opposition beantragte Einzelwahl und geheime Abstimmung. Dies wurde abgelehnt. Der alte Vorstand schlug eine reine SPD-Liste vor. Darauf reichte der Genosse Lindner (SAP) eine überparteiliche Liste ein, auf der SAP, KPD und SPD-Genossen standen. Nach langen erregten Geschäftsordnungsdebatten, bei welchen ein ordnungsgemäßer Antrag auf geheime Abstimmung der Listen einfach nicht zugelassen wurde, erhielt in offener Abstimmung die von der Opposition vorgeschlagene überparteiliche Liste 103 Stimmen, die SPD-Liste 176 und eine weitere Liste 26 Stimmen. Die Gültigkeit der Wahl wurde von der Opposition wegen verschiedener Formfehler bestritten. Ein von der SPD gestellter Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde mit Mehrheit abgelehnt. Trotzdem ließ der Vorsitzende eine weitere Aussprache zu den Wahlen nicht zu.

Bei den später vorgenommenen Delegiertenwahlen zum Unterbezirkstag stellte die Opposition, nachdem die SPD-Mehrheit so einseitig und wenig korrekt vorgegangen war, der SPD-Liste eine Oppositionsliste aus SAP- und KPD-Genossen gegenüber und konnte hierbei in geheimer Wahl, nachdem ihr hierzu gestellter Antrag diesmal angenommen war, ihre Stimmzahl auf 106 Stimmen steigern. Die SPD-Liste wurde mit 208 Stimmen ge-

wählt. Während in den anderen Jahren die Opposition fast gar nicht in Erscheinung treten konnte, gelang es diesmal, als beachtlicher Faktor wirksam zu werden und ihre Argumente wurden auch von SPD-Genossen durchaus beachtet. Bemerkenswert sei noch, daß der bisherige Hauptkassierer nicht wiedergewählt wurde.

Es ist die Aufgabe aller SAP-Genossen, sich mit ihrer ganzen Kraft für eine Aktivierung der Freidenkerorganisation einzusetzen und die SPD-Genossen davon zu überzeugen, daß diese Tausende von Mitgliedern zählende Ortsgruppe eine Kraft bedeutet, wenn sie wirklich im außerparlamentarischen Kampf gegen die Kirche und Kutterreaktion eingesetzt wird.

ZdA-Heidenau i. Sa.

Die Jahresversammlung des Zentralverbandes der Angestellten war, was das Geschäftlich-organisatorische anbetrifft, eine ruhige Sache. Die Mitgliedschaft war nur mit einem knappen Viertel vertreten und froh, daß die alten Funktionäre sich wiederwählen ließen. — Unsere Genossen wandten sich gegen die unhallbare Satzungsbestimmung, daß erwerbslose Mitglieder nach zweijähriger Arbeitslosigkeit aus dem Verband ausscheiden müssen. Diese Auffassung wurde auch von den Anwesenden geteilt.

Referent des Abends war „Regierungsrat“ Haufe. Daß er als Reichsbannergeneral von Ostachsen auch ohne besonderen Auftrag die Forderung der wehrhaften Eisenen Front erhob, war uns verständlicher als mandem Zuhörer. Unserem Kollegen Hantzschmann lieferte das Referat genügend Stoff für die Aussprache, die ruhig angehört wurde und den Beweis lieferte, daß die von den SAP-Genossen vertretenen Gedanken mit „Stänkeren“ gar nichts zu tun haben. Dann sprachen noch drei „Eiserne“, die keinen einzigen Satz des Gen. H. angriffen, sich aber (als SPD-Mitglieder) hinter der lahmen Rede verkrochen. Referat und Diskussion waren zu politisch gewesen. Das konnte aber auch der Referent nicht auf sich sitzen lassen. Er belehrte seine „unpolitischen“ Sozialdemokraten, blieb im Schlußwort sachlich und ersuchte schließlich uns „kleine Gruppe“ zur „großen Freiheitsarmee“ zurückzukehren. Das war ein Irrtum: Wir brauchen nicht zurückzukehren, denn wir sind nicht deserteriert, sind vielmehr Soldaten der Armee geblieben, über der rote Fahnen wehen.

Trotz Krise und Massenhunger Riesengewinne des Bankkapitals

Der Verwaltungsrat der Berliner Handelsgesellschaft hat auf Antrag der Geschäftsinhaber beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung, die Dividende aus dem Reingewinn von 2,09 (im Vorjahre 1,55) Millionen RM auf das Kommandit-Kapital von 28 Millionen RM auf 5 Prozent (i. V. 4 Prozent) festzusetzen und die verbleibenden 692.309 (i. V. 425.011) RM auf neue Rechnung vorzutragen.

Persischer Oel-Konflikt Vor dem Völkerbundsrat

Genf, 27. Januar.

WTB. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute nachmittag mit dem englisch-persischen Oelkonflikt. Die Sitzung war ausgefüllt mit umfangreichen Plaidoyers der streitenden Parteien. Die Debatte wurde noch nicht abgeschlossen. Als Berichterstatter des Rates über die Frage erklärte zum Schluß der tschechoslowakische Außenminister Benesch, daß er bis zu einer der nächsten Sitzungen des Rates auf Grund der heutigen Exposé in Verhandlungen mit den Parteien versuchen wolle, eine Lösung der Streitfrage vorzuschlagen.

40% Lohnabbau!

Das fordert die größte Scharfmacherklique, der Unternehmerverband im Berliner Möbeltransport. Er hat wieder einmal den Lohn- und Manteltarif gekündigt, um seine Lohnrührerei fortzusetzen. Er verlangt: Der Wochenlohn der ständigen Arbeiter soll von 44 auf 30 Mark, also um 32 Prozent, der Tagelohn der unständigen Arbeiter soll von 8,50 auf 5 Mark, also um 40 Prozent, abgebaut werden. Die Sonderzulagen für Schwere Transporte sollen gänzlich beseitigt, die Zulage für Ferntransporte auf die Hälfte gekürzt werden. Im Manteltarif soll die Bezahlung in Krankheitsfällen auf ein Drittel reduziert, die Bezahlung für Urlaub gänzlich aufgehoben werden.

Seit Frühjahr 1930 wird der Tarif der Möbeltransporteure durch Schiedssprüche der Schlichtungsbehörde immer nur auf wenige Monate festgesetzt und bei jedem Tarifablauf kündigen die Scharfmacher mit der gleichzeitigen Aufstellung dererzeitigen Abbauforderungen. Immer gelang es ihnen damit, einen erheblichen Lohnabbau zu erreichen und so den Lohn schon bisher um fast die Hälfte herunterzudrücken. Nur zweimal gelang ihnen das nicht, nämlich die beiden Male, wo die Arbeiter mit Streik antworteten.

Das ist eine eindeutige Lehre für die Möbeltransportarbeiter. Für sie gilt daher: Sofortige Streikvorbereitung mit Gegenangriff unter der Losung: nicht nur keinen Pfennig Abbau, sondern Lohn-erhöhung.

Erfolgreicher Streik

Berliner Dekateure erkämpfen Lohn-erhöhung.

Die Dekateure (Spezialisten in der Textilindustrie) in Berlin waren seit 1. Oktober 1932 tariflos. Die Unternehmer benutzten die schlechte Konjunktur, um den bisherigen Lohn betriebsweise um 10% abzubauen. Da jetzt die Konjunktur für die Dekateure wieder einsetzt, stellten sie die Forderung auf Wiederabschluß eines Tarifes mit Lohnerhöhung. Sie verlangten weiter, daß Neueinstellungen nur durch den Nachweis erfolgen dürfen. Da die Unternehmer alle Forderungen ablehnten, traten die Dekateure am Montag den 23. Januar in Streik. Durch die geschlossenen durchgeführte Arbeitsniederlegung sahen sich schon am Montag die vier größten Betriebe mit 1/3 aller Berliner Dekateure gezwungen, die Forderungen restlos zu bewilligen. Jetzt sind auch die übrigen Firmen gefolgt, so daß ein voller Sieg der Arbeiter mit einer Lohnerhöhung von 4% und Abschluß eines Lohnarbeits bis 30. Juni und eines Manteltarifs bis 31. Dezember 1933 zu verzeichnen ist.

Bürgerschaft Hamburg

Die IAH hat versucht, im Stadtteil Eimsbüttel eine Speisung von Arbeiterkindern durchzuführen. Darum hat sie sich an die Schulen gewandt. Da nun diese Angelegenheit nicht der Oberschulbehörde vorgelegt hat, haben Schulen und Behörde abgelehnt. Nur darum?

Es ist vorgekommen, daß kinderreiche Familien, die in extra für sie erbauten Blocks untergebracht waren, durch das Wohlfahrtsamt durch Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung gezwungen sind, dort auszuweichen. Das krassste Beispiel ist das des Arbeiters Witt. Nach der Rede des Nazis Ahrens soll er 8 Kinder haben und bisher in sehr engen Verhältnissen in einer Terrassenwohnung gelebt haben. Er zog in diesen Block mit Genehmigung des Fürsorgers. Nun soll ihm die WU um 9 RM gekürzt sein, um ihn zu zwingen, eine billigere Wohnung zu nehmen.

Die Nazis wurden entlarvt. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß es ihnen weniger um die kinderreichen Familien ging, als um ihren Pfg. Salzmann. Dieser war einmal Vorsitzender eines Blocks, hat aber in seinem Amte 1000 RM verschleudert durch unzweckmäßigen Möbelkauf und schließlich zur Räumung verurteilt, weil er mehrere Monate Mieterückstand hatte.

Ohne wesentliche Beschlüsse wurde die Sitzung beendet.

Zur Frage: Einheitsfront

Von Fritz Sternberg

Der Kapitalismus macht seine bisher schwerste Krise durch. Niemals in seiner bisherigen Geschichte ist der Rückgang der Produktion wie des Außenhandels so riesenhaft gewesen, niemals der Lohnraub so umfangreich, und niemals die Arbeitsloseniffern so gigantisch. In dieser Krise aber stößt die Reaktion, die Konterrevolution, der Faschismus, auf allen Gebieten immer stärker vor; auf politischem, wie auf wirtschaftlichem, wie auf kulturellem. Die deutsche Arbeiterklasse ist in der Defensive. Sie hat nicht einen Bruchteil der Aktionskraft, die sie nach ihrer zahlenmäßigen Stärke wie nach der Größe ihrer Organisationen haben konnte. Gewiß bilden das Hauptreservoir, auf dem die Konterrevolution ihre Massenbasis aufbaut, die proletarisierten Mittelschichten, die auf ihre Proletarisierung romantisch-reaktionär antworten, die sich die Entproletarisierung wünschen, und die so das beste Objekt für die nationalsozialistische Demagogie bilden.

Aber: wäre auf der Linken eine aktionsfähige Arbeiterschaft vorhanden, dann würden sich um sie als Mittelpunkt gewaltige Schichten des alten wie des neuen Mittelstandes gruppieren, die heute eben wegen der Aktionsunfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse sich am Schwanz der Konterrevolution befinden.

Die Gründe für die Aktionsunfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse sind gerade in unseren Kreisen immer wieder diskutiert worden. Es ist die Zerissenheit der Arbeiterklasse; es ist der Tatbestand, daß gerade in der heutigen Krise, im Niedergang des kapitalistischen Systems, die reformistische Politik der Sozialdemokratie absolut versagt, versagen muß, daß auf der anderen Seite die kommunistische Partei durch ihre ultralinke Taktik und Politik sich in allen größeren Entscheidungen ausgeschaltet hat, außerstande ist, einen wirklichen aktionsfähigen revolutionären Arbeiterblock zu bilden, der zu einem Gravitationszentrum auch der rebellierenden Mittelschichten werden könnte.

Das ist die heutige Lage; das ist die Lage, in der gerade aus den Kreisen der Arbeiterschaft die Forderung nach einer Einheitsfront der Arbeiterschaft immer stärker gestellt wird, denn die Arbeiter wissen: nur, wenn um der Durchsetzung bestimmter konkreter Forderungen willen sich eine Einheitsfront der Arbeiterschaft ergibt, nur dann wird die Aktionskraft der deutschen Arbeiterklasse wieder hergestellt werden können, nur dann wird die Defensive der deutschen Arbeiterklasse aufgehoben werden, nur dann werden die Voraussetzungen für eine proletarische Offensive geschaffen werden können.

Wenn man von der Notwendigkeit der Einheitsfront der gesamten deutschen Arbeiterklasse spricht, dann darf man über die tiefgehenden politischen Gegensätze, die die deutsche Arbeiterklasse heute noch zerklüften, nicht hinwegsehen; im Gegenteil, man muß sie prinzipiell mit aller Schärfe betonen — denn, wenn sie nicht vorhanden wären, würde ja der Ruf nach einer Einheitsfront gegenstandslos sein, weil sie bereits vorhanden wäre. Einheitsfront bedeutet ja, daß, unbeschadet entscheidender politischer Gegensätze im Lager der Arbeiterklasse, zur Durchsetzung bestimmter konkreter Forderungen gemeinsame Aktionen der gesamten Arbeiterklasse möglich und notwendig sind.

Niemand führt das Wort Einheitsfront mehr im Munde, als die kommunistische Parteibürokratie. In Wirklichkeit aber verhindert sie bisher die Bildung der Einheitsfront selber. Mit der Erklärung, daß die Einheitsfront nur von unten sich ergeben könne, nur unter der Führung der KPD, daß sie die Entlarvung der sozialdemokratischen Führung bezwecke, verengt sie die Einheitsfront auf die Mitglieder der KPD und die Arbeiter, die mit ihr sympathisieren. Sie stößt also von vornherein die sozialdemokratischen Arbeiter und die Arbeiter der Organisationen, die mit der Sozialdemokratie sympathisieren, ab. Damit wird aber die wirkliche Einheitsfront bereits vor dem ersten Schritt zu ihrer Bildung sabotiert. Denn die Einheitsfront, die die Defensive der deutschen Arbeiterklasse zum Stehen bringen soll, muß die Majorität der deutschen Arbeiterklasse umfassen, muß sich auf die Massenorganisationen der Arbeiter stützen, darf sich nicht mit den Anhängern der kommunistischen Partei und den mit ihr sympathisierenden begnügen.

Die sozialdemokratische Führung hat es infolge der ultralinken kommunistischen Politik leicht, ihre staatsbejahende, objektiv klassenverräterische Politik durchzusetzen. Denn da die KPD durch ihre ultralinke Taktik größere gemeinsame Aktionen verhindert, gibt sie der sozialdemokratischen Führung die Möglichkeit, die Massen zu täuschen, indem sie ihnen erklärt, daß sie zwar für die Einheitsfront eintritt, daß sie den kommunistischen Arbeitern die Bruderhand entgegenstrecke, daß aber ihre Einheitsfrontvorschläge von der KPD glatt abgelehnt werden.

Die kommunistische Parteibürokratie braucht zur Begründung ihrer politischen Haltung in dieser Frage ein Argument, das ungefähr so lautet: mit sozialdemokratischen Arbeitern gibt es eine Einheitsfront, aber nicht mit den sozialfaschistischen Führern der Sozialdemokratie. Mit diesem Argument kann man vielleicht heute noch in Versammlungen

lungen Eindruck machen. Es ist aber absolut falsch.

Sicher ist es notwendig, die sozialdemokratischen Arbeiter über die objektiv klassenverräterische Politik ihrer reformistischen Führung aufzuklären, damit sie den organisatorischen Bruch mit der sozialdemokratischen Partei, mit den Reformisten vollziehen. Aber dieser Loslösungsprozess wird nicht durch Lektüre von Zeitungsartikeln, wird nicht durch Druckerschwärze organisiert. Wäre das möglich, dann müßte das Papier der „Roten Fahne“ allein aus der letzten Zeit ausreichen.

Um diesen Lösungsprozess der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu organisieren, ist das Heransbilden einer Erkenntnis und Überzeugung notwendig, die sich nur aus der Aktionserfahrung ergibt. Sie vollzieht sich an dem Inhalt der Politik, den die proletarischen Parteien in der Einheitsfront vertreten. Aber gerade die ultralinke Taktik der KPD, die gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft zur Durchsetzung konkreter Forderungen verhindert, verhindert damit die Gewinnung der Aktionserfahrungen der Arbeiterschaft, die die Voraussetzungen zum organisatorischen Bruch mit dem Reformismus bilden.

Diese Politik der KPD ist umso verhängnisvoller, als in der Krise, im Niedergang des gesamten kapitalistischen Systems, das Kapital bereits so angegriffen, so morsch und verfault ist, daß ihm jede größere Aktion der Arbeiterschaft bereits ans Mark, an die Nieren geht. Jede größere proletarische Aktion, die auf der Basis der Einheitsfront zur Durchsetzung konkreter proletarischer Forderungen dienen würde, würde bald die sozialdemokratische Führerschaft vor den breiten Arbeitermassen in ihrer politischen Rolle entlarven. Denn es würde sehr schnell der Punkt erreicht sein, an dem die sozialdemokratischen Führer nicht mehr weiter können, da sie den kapitalistischen Staat bejahen, und an dem Punkt nicht mehr mitmachen können, an dem das Proletariat, im gemeinsamen Devisenkampf erstarkt, mit der proletarischen Offensive einsetzen würde. Die Entlarvung der SPD-Führung kann und wird also nur ein Nebenprodukt — allerdings ein sehr wesentliches! — einer richtig geführten Einheitspolitik sein.

Die Entlarvung kann und darf aber nicht der erklärte Zweck sein. Der Zweck muß die Verfechtung der proletarischen Interessen sein, dafür muß eine bestimmte Politik entwickelt und durchgeführt werden.

Daraus ergibt sich die Stellung der SAP zur Einheitsfront. Zuerst ergibt sich die Existenzberechtigung und Notwendigkeit unserer Partei. War es nach dem Losbruch von der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik begrifflich, daß die kaum gegründete Partei in ihrer Agitation mit solchen Losungen um sich warf, wie: „die Klasse über die Partei“ oder „wenn wir die SPD und die KPD zu gemeinsamen Aktionen bringen, dann ist unsere Aufgabe erfüllt, dann können wir uns wieder liquidieren“, so ist jetzt an der Zeit, solche Gedanken und Auffassungen offen als liquidatorische Strömung zu bezeichnen und zu bekämpfen. In der Resolution, die der Genosse Buchwald in der Berliner Funktionärskonferenz vorlegte — Genosse Buchwald ist Verfechter der Parteivorstandsmehrheit im allgemeinen — heißt es:

„... Die Politik der SAP muß darauf ausgerichtet sein, eine Brücke zur Bildung der Einheitsfront zu werden und damit die KPD und die SPD für eine revolutionäre Politik zu gewinnen.“

Eine „Brücke“ oder ein Notnagel! Eine solche Auffassung kann nur von dem Grundgedanken des tiefsten Pessimismus, d. h. der Liquidation ausgehen. Gegenüber der anfänglichen Unklarheit in diesen Fragen haben wir ja in der Prinzipienklärung die Korrektur vorgenommen, haben uns nach scharfer Abgrenzung von der reformistischen wie der ultralinken Politik ein eigenes Gesicht gegeben, arbeiten mit ganzer Kraft daran, die Partei zu schaffen, die eine revolutionäre Klassenpolitik vertritt, denn wir haben erkannt, daß sie ein unentbehrliches Instrument für den schwierigen Kampf der proletarischen Klasse ist. Ohne eine Partei, die eine solche Politik in den Massen entwickelt und ihre ganze Kraft auf die Vertretung einer revolutionären Klassenpolitik konzentriert, einer Politik, die den Grundgedanken der Einheitsfront umschließt, wird das Zustandekommen der Einheitsfront in unsichtbarer Ferne gerückt. Das Wirken unserer Partei ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Einheitspolitik. Die Einheitsfront ist im übrigen kein einmaliger Akt, sie ist eine Bündnispolitik

bis zur Vollendung der proletarischen Revolution. Das Bündnis wird x-mal gelöst und x-mal erneuert werden müssen — wann will Genosse Buchwald seinen Brückenbau einstellen? Mit solchen Auffassungen kann man die Spannkraft nicht aufbringen, die für die Partei notwendig ist!

Um erfolgreich für die Einheitsfront wirken zu können, dafür ist die ideologische Einheit der Partei eine elementare Voraussetzung. Wir wissen, daß sie nicht vorhanden ist. Wir haben Gegner der Prinzipienklärung in unseren Reihen, die behaupten, daß wir die Gegensätze zur Sozialdemokratie, zur reformistischen Vorstellung zu stark betonen, daß eine Änderung hier Platz greifen mußte durch Annäherung an die sozialdemokratischen Gedankengänge; auf der anderen Seite erklären Genossen, die in der Parteiauseinandersetzung einen Block mit diesen rechten Auffassungen bilden. Die SAP hat die Mauern gegenüber der KPD sehr erhöht“, wie z. B. Genosse Rosenfeld in der Diskussionsbeilage der SAZ. Genosse Lewy wiederum will die Einheit der Klassenorganisation an den Anfang der Einheitsfront stellen — zurück zur alten Sozialdemokratie vor 1914 ist seine Parole — darin sieht er die Hauptaufgabe der SAP, siehe seinen Artikel „Die Partei im Klassenkampf“ in der Diskussionsbeilage.

Wie soll eine Politik in der Einheitsfrontfrage erfolgreich sein, wenn solch diametrale Gegensätze in den Auffassungen in den leitenden Körperschaften wie bei führenden Funktionen vorhanden sind?

So ist überhaupt keine erfolgreiche Politik möglich, am allerwenigsten aber auf dem Gebiet der Einheitsfront. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir eine kleine, wenig finanzkräftige Partei sind, die gerade auf diesem Gebiet auf die alten, großen organisatorisch wie finanziell uns überlegenen Parteien stößt. Wenn wir hier unser eigenes Gesicht behalten wollen, wenn wir jeder taktischen Situation gewachsen sein wollen, wenn, wie es immer wieder erforderlich ist, wir die Elastizität besitzen wollen um uns jeder neuen taktischen Situation schnell anzupassen, dann ist die kristallklare feste ideologische Basis eine unbedingte Voraussetzung. Einheitliche Politik, einheitliche Einheitsfront-Politik, ist nicht möglich, wenn in einer Parteivorstandsmehrheit Gegner der Prinzipienklärung, halbe Befürworter und Bekenner einen prinzipienlosen Block eingehen; ist nur möglich, wenn auf dem Boden der Prinzipienklärung eine ideologische Einheit der Partei und ihrer Führung hergestellt wird. Der Parteitag muß diese Aufgabe lösen.

Unsere Stellung zur Einheitsfront

Von Dora Fabian

Als die SAP gegründet wurde, vertraten alle Genossen in unzähligen Artikeln und Versammlungsreden einhellig die Auffassung, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Partei sei, eine Brücke zu bilden zwischen SPD und KPD. Die Begründer der SAP sahen sogar einen wesentlichen Teil der Existenzberechtigung und -notwendigkeit in dieser Funktion, denn wir hatten zuvor allzu oft erlebt, daß durch die gegenseitige Verhetzung nicht allein zwischen den Führern, sondern auch zwischen den unteren Funktionären und Mitgliedern der beiden Parteien der Haß teilweise bis zu einer solchen Siedehitze gesteigert war, daß eine sachliche Diskussion zwischen ihnen kaum noch möglich schien. Niemand, der — es war kurz vor der Gründung der SAP — in Berlin die Versammlung miterlebt hat, in der Künstler und Heinz Neumann miteinander diskutieren sollten, und die in einer allgemeinen Prügelei zwischen den SPD- und KPD-Arbeitern endete, in der der Gummiknüppel der Polizei die Hauptrolle spielte, wird daran denken, ohne daß ihm noch nach Jahren die Schamröte ins Gesicht steigt.

Diese Kluft, in der ein Abgrund von Haß und Verleumdung gähnte, zu überbrücken, war damals unser nächstes Ziel. Solange wir uns voll in den Dienst eines gemeinsamen Ziels stellen konnten, kamen wir ihm in täglicher, zäher Kleinarbeit stückweise näher. Die Existenz der SAP brachte es in wenigen Wochen zustande, daß SPD- und KPD-Genossen in unzähligen von uns in allen Teilen des Landes einberufenen Versammlungen sachlich miteinander diskutierten, die Differenzpunkte klar und scharf herausarbeiteten, aber — nach Jahren zum erstenmal wieder — die gemeinsame Aufgabe und den gemeinsamen Klassengegner sahen. In beiden Parteien wurden von den Genossen diese Gedanken, die jahrelang unter dem Schutt der Schimpfwörter begraben gelegen hatten, in Versammlungen und Diskussionen vorgebracht und dadurch sehr langsam die in vielen Jahren angewachsene Trennungsmauer abgetragen.

Unser Einfluß ging über das Versammlungsleben hinaus. In Betrieben und Stempelstellen hatte zuvor die gleiche Haßatmosphäre geherrscht, die Anhänger der einen Partei suchten die Fehler der anderen für die Verleumdung der Massen verantwortlich zu machen und lenkten damit den Blick von dem wirklichen Verantwortlichen, dem gemeinsamen Klassengegner ab. Niemand hat die Wirkung dieses B. J. Kampfes klarer erkannt als der Klassenfeind selbst. Solange die toten Brüder sich gegenseitig die Köpfe einschlagen,

kann es uns nicht schlecht gehen“, schloß sinngemäß die „Berliner Börsenzeitung“ am Tage nach der Künstler-Neumann-Versammlung.

Die SAP verfügte auch damals nicht über Zaubermittel. Sie konnte mit dem Tage ihres Bestehens nicht den Schutt wegräumen, der jahrelang systematisch angehäuft worden war, aber unsere Genossen haben in zahllosen Diskussionen in Betrieben und Arbeitsämtern die feindlichen Brüder einander zu nähern vermocht, sie haben die Funktion, die ihnen zufiel, die Brücke zu bilden über den Abgrund, in unzähligen Fällen erfüllt.

In diesen Diskussionen begann bald eine Frage die Hauptrolle zu spielen: Einheitsfront von oben oder von unten? Die Praxis hat uns bald darüber belehrt, daß diese Fragestellung falsch ist. Die Einheitskomitees und Einheitsfrontausschüsse, die an vielen Orten gebildet wurden, die dem Willen der Mitglieder entsprangen, „von unten“ über die Köpfe der Führer hinweg, zur Einheitsfront zu gelangen, sind — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — niemals wirklich aktionsfähig gewesen; sie sind auf den Wink der Führer, der heute von der einen und morgen von der anderen Seite kam, wieder aufgelöst worden und haben je nach der Lage im Einzelfall durch die Feststellung der Schuld des einen oder anderen Teils häufig den Abgrund nur vertieft. In all diesen Fällen hat sich gezeigt, daß es nicht um ein „von oben“ oder „von unten“ geht, sondern darum, beides miteinander zu verbinden. Solange die Parteiparallelen so mächtig sind wie heute — und das werden sie sein, solange es Parteien gibt —, solange ist es notwendig, auch auf den Apparat selbst einzuwirken, ihm die Erkenntnis der Notwendigkeit der Einheitsfront aufzuzwingen. Wir mußten daher die Ausführungen, die der Führer der österreichischen Sozialdemokratie und führende Kopf der Zweiten Internationale, Otto Bauer, kürzlich auf dem österreichischen Parteitag über die Einheitsfront machte, als ungeheuer wichtiges moralisches Plus werten, das auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die anderen Parteien und ihre Führungen und Unterführungen bleiben konnte.

Die Einheitsfronttheorie der SAP, die wir in Kürze als „Brückentheorie“ kennzeichnen wollen, war nicht allein klar herausgearbeitet, für unsere Genossen eine selbstverständliche Richtschnur und für die einsichtigeren der SPD- und KPD-Genossen einleuchtend — es wurde in den ersten Monaten des Bestehens der Partei vor allem nach ihr gehandelt. Wie jeder andere, so wurde auch dieser erste Erfolg der Partei zunichte gemacht, wie jede

andere, so wurde auch diese innere Einigkeit zerstört, als an die Stelle der praktischen Arbeit die innerparteilichen Diskussionen darüber gesetzt wurden, wer den echten Ring besäße, wer der „wirkliche“ Revolutionär und wer der verhinderte Reformist sei. An die Stelle der Einheitsfrontarbeit trat die Diskussion über die „richtige“ Einheitsfronttheorie. Der „Brückentheorie“, die allgemeines geistiges Gut und Aktionsbasis der Partei gewesen war, wurde eine neue Theorie gegenübergestellt, die wir kurz „Zertrümmerungstheorie“ nennen wollen, und die von Genossen Walcher in einer Berliner Versammlung so formuliert wurde: „Der Krebschaden der Arbeiterbewegung ist der Reformismus. Bevor der Reformismus nicht besiegt ist, kann es keine Einheit der Arbeiterbewegung geben. Der Reformismus findet aber seinen organisatorischen Niederschlag in der SPD. Also keine Einheit der Arbeiterbewegung ohne die Zertrümmerung der SPD.“

So schwer es auch fallen mag, so wollen wir doch versuchen, von der Lächerlichkeit der Vorstellung abzusehen, daß die seit etwas mehr als einem Jahr bestehende kleine SAP den seit Jahrzehnten in der deutschen Arbeiterklasse fest verwurzelten Riesenapparat der SPD mit ihren Nebenorganisationen „zertrümmert“ (nebebei bemerkt sind ja die Freien Gewerkschaften mindestens so „reformistisch“ wie die SPD, müßten also der Vollständigkeit halber gleich mitzertrümmert werden) und wollen diese Theorie auf ihre praktische Anwendungsmöglichkeit hin untersuchen. Wir gehen also zu den SPD-Arbeitern, setzen ihnen auseinander, daß die Einheitsfront notwendig ist, finden sicher bei sehr vielen Verständnis und antworten ihnen dann auf die Frage, wie das zu machen sei: „Zuerst zerbrechen wir Euch eure Organisation“. Da erfahrungsgemäß Humor selten bei unterdrückten Klassen zu finden ist, wird nicht das uns gebührende Hohngelächter die Antwort sein, sondern die Klassengenossen werden sich mit Grausen vor uns abwenden, was erst dadurch wirklich gefährlich wird, daß wir die Einheitsfrontidee durch diese Art der Vertretung mit diskreditieren. Es bleibt also dann noch die Einheitsfront mit der KPD. Nur denkt sie gar nicht daran, mit uns eine Einheitsfront einzugehen und erklärt uns stereotyp: „Einheitsfront je — aber nur unter unserer Führung“, und wenn wir die Führung der KPD wollten, könnten wir ja gleich in sie eintreten. So bleibt dem Verfechter der Zertrümmerungstheorie schließlich nur noch die Einheitsfront mit sich selbst, die er — je konsequenter er seine Theorie vertritt — um so

Weniger Diskussion dafür mehr Aktivität!

vollkommen erreicht, indem er allmählich auch die folgenden Genossen, denen es wirklich nicht so mit dem Einheitsfrontgedanken, mit unserer Reihen treibt. Auf diese Weise wird nicht nur die Einheit der Aktion zu ermöglichen, sondern auch die Einheit der Arbeit, die Einheit der Ziele, Einheit der Arbeitshaltung darstellt — auch die Einheit der Interessen verbindet. (Um eine für die ganze SAP schädliche Auslegung dieser Darstellung zu verhindern, müssen wir feststellen, daß die von der Genossen-Publikum dem Genossen Walcher gemachten Unterstellungen völlig unzutreffend sind. Wir nehmen an, daß Genosse Walcher selbst darauf antworten wird. Red der SAZ.)

In der gegenwärtigen politischen Situation wirkt diese Theorie besonders grotesk. Innerhalb weniger Tage haben die beispiellosen Provokationen der vereinigten Schlechter-Melcher-Hilfer-Reaktion eine hundertprozentige Wendung in der Taktik der SPD zur Folge gehabt: noch in der letzten Woche hat der „Vorwärts“ diese Provokationen, die einen „Staatsnotstand“ herbeiführen sollen, zu jugendlichen und als Parteimitglied der KPD zu bezeichnen versucht. Aber die Arbeiterschaft Berlins erkannte in der Demonstration von Hitlers Bürgerkriegstruppe unter dem Schutze des Polizeipräsidenten, einen ungeheuerlichen Schlag der Kontrorevolution gegen die gesamte Arbeit-klasse, die SPD-Arbeiter zwangen die Parteileitung und das Zentralorgan dazu, die Sache der KPD zu der Sache der Arbeiterklasse zu machen. Im gleichen Augenblick holt die SPD sich jahrelange „Welt am Montag“ zum Schlagen gegen das frevelhafte Gebären einer sozialdemokratischen Zeitschrift „Das freie Wort“, deren letzte Nummer unter der Genossenschaft „Warum kann es keine Einheitsfront mit der KPD geben?“ erscheint, und in der der Sozialdemokrat Ernst Heilmann „Verständigung mit Faschisten oder Kommunisten“ als „Utopie“ bezeichnet. Darauf schreibt das Montagblatt:

„Die letzte Entscheidung in Deutschland wird eine proletarische Front gegen Reaktion und Faschismus vorfinden müssen. Darum sollte es unmöglich sein, daß eine sozialdemokratische Zeitschrift jetzt eine Ideologie erzeugt, die das große Ziel der Einheitsfront als Utopie erscheinen lassen möchte.“

Es mag verständlich sein, daß dieser oder jener, durch die Entwicklung der letzten Jahre mißtrauisch geworden, diese von Sozialdemokraten geschriebenen Sätze, die von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation einbreifene Protestkundgebung als „Taktik“ oder „unehrliches Manöver“ bezeichnet. Es mag sogar zutreffen, daß mancher der sozialdemokratischen Führer diese plötzliche Wendung nicht mit voller Überzeugung mitgemacht hat, aber diese Worte bleiben bestehen, und diese Wendung ist vollzogen, und ein Aufatmen der Erlösung geht durch die Reihen der Millionen sozialdemokratischen Arbeiter. Das ist der Augenblick, das ist die Situation,

Wenn ich zu den Vorgängen innerhalb der Partei Stellung nehme, so nicht deshalb, um mit zu diskutieren, sondern weil wir, die wir danken in täglicher Kleinheit für die Partei agieren, am besten beurteilen können, was der Partei schadet oder nützt.

Den parteilosen Proleten, SED-Genossen, selbst den KPD-Arbeiter interessiert nicht, ob Genosse Seydewitz oder der Genosse Pröllich ein 100-prozentiger Kommunist ist oder nur ein 50-prozentiger. Vielfach beurteilen sie die SAP über Busch und Bögen, das heißt, sie beurteilen sie als Ganzes. In unserem einheitlichen festen Auftreten liegt es, wenn es uns gelingen soll, neue und große Teile vom Reformismus oder Ultralinksktum loszulösen und sie der SAP zuzuführen oder in ihre Politik zu gewinnen.

Zur Frage der innerparteilichen Demokratie, von der der Gen. Levi in seinem Diskussionsartikel schreibt, daß mit ihr die Partei steht oder fällt, hat er ganz recht; man kann man unter Demokratie und Demokratie zweierlei verstehen. Es ist durchaus möglich, daß eine jede Meinung innerhalb der Partei vertreten werden kann, soweit sie nicht gegen das proletarische Klasseninteresse verstößt. Oder wenn sie sogar schädlich niedergelegt wird, kann es vor geschahen in Form von Diskussionsartikeln. Alle anderen dagegen, die in der Parteipresse zur Werbung dienen, müssen in ihrer Tendenz auf dem Boden der Prinzipienklärung stehen. Es ist einfach unmöglich, daß, wenn die Partei in ihrem Programm gegen den Pazifismus Stellung nimmt, dann Genossen pazifistische Artikel als Propaganda für die Partei schreiben. Achtung vor ihrer politischen Überzeugung, aber leider schafft das nach außen nicht Klarheit, sondern Verwirrung.

in der wir unsere ganze Kraft dafür einzusetzen haben, daß „Taktik“ zu Grundsatz wird, Begonnenes nicht abbricht, angeknüpfte Fäden nicht wieder zerrissen werden. In diesem Augenblick, in dem eine heiß ersehnte Stunde anzubrechen beginnt, in dem noch lange nicht alle Hindernisse, die der Einheit der deutschen Arbeiterklasse im Wege stehen, fortgeräumt sind, aber erste Anzeichen einer großen Wendung sich in der sozialdemokratischen Partei zeigen, davon zu sprechen, daß sie „zertrümmert“ werden muß, ehe wir zur Einheit gelangen — es wäre eine Komödie, über die es kein Wort zu verlieren lohnte, ginge es nicht um einen, wenn auch noch so kleinen Bestandteil der deutschen Arbeiterbewegung, der hier in die Irre geführt, dessen Haut hier zu Markte getragen wird.

Weiter ist es ein unhaltbarer Zustand, daß die Genossen, die nicht hinter der Prinzipienklärung stehen, in der wichtigsten Körperschaft der Partei, im Hauptvorstand, die Mehrheit haben und so die Beschlüsse der Partei in ihrer Politik bestimmen. Steht ein Pünzel der Parteigenossenschaft hinter jenen Genossen, so sollen sie auch ein Pünzel der Vorstandssitze erhalten, aber nicht mehr, denn schon das ist eine weltgehende Toleranz gegenüber der Opposition. In keiner anderen Partei gibt es eine solche weltgehende Toleranz als wie in der unsrigen. Es ist daher kein Mißtrauen gegen die Parteivorstandsmehrheit, wenn der Vorstand eine andere Zusammensetzung erblickt, sondern nur das Recht, was die anderen vier Pünzel der Mitgliedschaft für sich in Anspruch nehmen. Ja, es wäre

Was will die SAP?

Von dieser wichtigen Werlebroschüre ist nur noch ein kleiner Rest vorrätig. Die Broschüre gehört in die Hand jedes SAP-Genossen und jedes mit ihr sympathisierenden Arbeiters. Der geringe Preis (10 Pfennig für 32 Seiten) macht die Massenverbreitung sehr geeignet. Bestellungen sind zu richten an die Bezirksleitung der SAP Berlin-Brandenburg, Berlin O 27, Magazinstraße 12a.

sogar die Pflicht des Parteivorstandes, selbst denselben umzuorganisieren, wenn sie nicht selbst die innerparteiliche Demokratie in Miskredit bringen wollen.

Leider muß hier gesagt werden, daß dieser innerparteiliche Kampf Formen angenommen hat, der mehr ein persönlicher als alles andere ist. Wir warnen jeden, mit der Spaltung der Partei zu spielen, ganz gleich, von welcher Seite er kommt. Mühevoll haben wir in einer katastrophalen Wirtschaftskrise aus einem finanziellen Nichts unsere Organisation aufgebaut, unsere letzte Hoffnung, die SAP, mit ihr doch noch die Einheit herzustellen. Wir sind jetzt noch zu schwach, um unsere Aufgabe zu erfüllen; wollen wir uns deshalb teilen, um besser kämpfen zu können?

Noch eins. Wenn etwas Schuld trägt, daß unsere Bewegung nicht vorwärts gekommen ist, dann, daß zuviel diskutiert, aber zu wenig gearbeitet wurde. Werde der Parteitag zu einem Wendepunkt in unserer jungen Bewegung. Klarheit — Einigkeit und Aktivität aber nicht als Phrase, sondern als Leitstern unserer praktischen Arbeit. Wenn wir an der

Partei Kritik üben, dann mit dem Bewußtsein, daß wir nicht Nörgler sind, sondern ein Jahr größerer Aktivität hinter uns liegt. Wir sind nur eine kleine Jugendgruppe (zehn Mitglieder) aber ein Blick in unseren Jahresbericht zeigt uns, daß wir 1610 Wochenzeitungen, 160 „Jugendproleten“ und „Rote Pioniere“ und an Broschüren 20 „Zwangsstücke der Arbeitsdienstpflicht“, 50 „Prolet greif zu“ und 692 „Der proletarische Weg aus der Krise“ verkauft haben. Der Erfolg: daß jetzt ein kleiner Stamm Parteigenossen hinter uns steht und bei Parteigründung noch einige Neuaufnahmen als fest bevorstehend. Bekamen wir am 31. Juli 21 Stimmen, so erhielten wir am 6. November, wo alle anderen Orte Verluste bis zu 50 Prozent hatten, 23. Am Wahlabend hieß es im Ort: „Na, die SAP ist erledigt, nicht mal eure eigenen Parteigenossen haben euch gewählt, sonst hättet ihr doch nicht bloß 23 Stimmen bekommen.“ Man schätzt uns dank unseres aktiven Auftretens im Ort doppelt so stark als wir wirklich sind. Aber siehe da, schon am nächsten Morgen prangen riesige Plakate überall im Ort: „Arbeiter von Rabenstein, herhören!“ Siehe da, die Suppen hatten es fertig gebracht, 30 Unterschriften unter ihren Gemeindevorstandsvorschlag zu bringen, trotzdem sie nur 23 Stimmen hatten. Wenige Tage später war die SAP nicht erledigt, sondern konnte 48 Stimmen auf ihre Liste buchen.

Unser Kassenbericht zeigt, daß wir einen guten, finanzkräftigen SJV haben. Im neuen Jahr werden wir mit der SAP eine Ortszeitung von zehn Seiten Umfang herausgeben, und wenn diese Zeilen in Druck gehen, dürfen schon 1000 Freie Exemplare für den Gedanken der SAP werben. Unsere Jugendgruppe führt weiter einen Propagandawettbewerb mit Bücherpreisen durch, der sich über das ganze Jahr erstreckt. Ziel desselben ist Gründung einer Parteigruppe, und die Zahl der verkauften Propagandaschriften vom vorigen Jahre (2532 Stück) zu überbieten.

Um die schweren Aufgaben, die der SAP zufallen, erfüllen zu können, brauchen wir eine starke Partei. Deshalb der Kampf der Jungen:

Nichts für die Jugend, alles für die Partei! Aber von den Parteigenossen verlangen wir: Weniger Diskutieren, dafür mehr Aktivität! Alfred Werner, Rabenstein.

Aus der Partei

In Nr. 12 der „SAZ“ meldeten wir unter „Partei nachrichten“, daß der Vorstand des Ortsvereins Düsseldorf die Genossen Simon und Ullrich als außerhalb der Partei stehend bezeichnet hat. Wie uns aus Düsseldorf von 5 Genossen des Ortsvereinsvorstandes mitgeteilt wird, war diese Mitteilung irreführend. Der Beschluß wurde in einer nicht ordnungsgemäß zustandekommenen Sitzung von 6 Vorstandsmitgliedern gefaßt, obwohl der Vorstand aus 13 Mitgliedern besteht. Einige Vorstandsmitglieder waren überhaupt nicht geladen, die anderen Genossen verließen unter Protest die Sitzung. Die endgültige Entscheidung über den Konfliktfall wird der Reichsparteitag zu fällen haben.

Partei-Organisationen zur Parteidebatte

Der Bezirksparteitag der SAP Südwestsachsens, der mit fast 90 Delegierten und der doppelten Zahl an Gästen in Mülau tagte, nahm ein Referat des Genossen Klaus Zweiling zu politischen Lage und zur inneren Situation der Partei und ein Korreferat des Gen. Max Seydewitz entgegen. An der Diskussion beteiligten sich 14 Genossen und Genossinnen aus den Ortsgruppen. 11 Diskussionsredner stellten sich auf dem Boden der Darlegungen des Gen. Zweiling, während drei Vertreter der Ortsgruppen Zwickau und Niederhainau dem Gen. Seydewitz beipfluchteten und eine Resolution einbrachten, die es als Einigung der Demokratie bezeichnet, wenn Parteifunktionäre die Parteigrundsätze vorbehaltlos anerkennen sollen. Für diese Entscheidung ergaben sich (nach der Zahl der vertretenen Mitglieder gerechnet) etwa 600 Stimmen, während die Entscheidung des Bezirksvorstandes, deren Ablehnung Gen. Seydewitz empfohlen hatte, mit über 2800 Stimmen angenommen wurde. Diese Entscheidung betont zunächst die große Bedeutung der SAP und sagt dann wörtlich:

„Diese Aufgabe kann die SAP nur erfüllen, wenn sie sich der führenden Rolle, die der Partei in den Massenkämpfen zukommt, bewußt ist; wenn ihre gesamte Organisation und Politik von diesem Bewußtsein durchdrungen ist. Die wichtigste Voraussetzung dazu ist die Einheitlichkeit der Partei in Grundsatz und Aktion. Der Bezirksparteitag fordert daher, daß bei voller Wahrung der Parteidemokratie die Parteileitung alle Kraft einsetzt, um die Partei fest und einheitlich auf dem Boden unserer in der Prinzipienklärung niedergelegten revolutionären Grundsätze zusammenzuführen und ihr damit die Kraft zum erfolgreichen politisch-führenden Wirken in den Massen des Proletariats zu geben. Er billigt daher die politische Linie des Bezirksvorstandes.“

Der Bezirksparteitag erwartet, daß die gegenwärtige Parteidebatte in diesem Sinne ihren Abschluß auf dem Parteitag findet. Er verurteilt aufs schärfste jeden Gedanken an Spaltung oder Abspaltung von der Partei. Es gilt, die SAP innerlich einheitlich und fest und damit nach außen so stark und wirksam wie möglich zu machen, um der proletarischen Klasse die zielbewußte revolutionäre Führung zu geben, die sie heute nicht hat und ohne die sie nicht siegen kann.“

Im organisatorischen Teil des Bezirksparteitages wurde mit allen gegen 4 Stimmen im Antrag angenommen, der vom Bezirksvorstand den Einsatz aller Mittel zur Schaffung einer eigenen sächsischen Wochenzeitung fordert. Die Wahl des Bezirksvorstandes ergab die

einstimmige Wiederwahl des Bezirksvorsitzenden Genossen Ludwig Hacke.

In der Erkenntnis, daß die von der SAP zu lösenden Aufgaben von keiner anderen Organisation erfüllt werden können, haben die geschäftsführenden Ausschüsse der Parteibeiräte Lausitz und Dresden zu der innerparteilichen Lage Stellung genommen, den nachgesetzten Beschluß einstimmig gefaßt, dem Parteivorstand und den drei anderen sächsischen Bezirken zugestellt, sowie seine Veröffentlichung beschlossen mit dem Bemerkung, daß der Bezirk Lausitz in der gegenwärtigen Parteidebatte hinter der Mehrheit der Dresdner Bezirk hinter der Minderheit des Parteivorstandes stehen:

1. Der Düsseltdorfer Fall (den gab es einen scharfen Konflikt um die Verteilung der Mandate für den Bezirksparteitag. Die Red.) ist vom Parteitag zu entscheiden. Eine organisatorische Entscheidung nach der einen oder anderen Seite durch den PV würde die Lage in der Partei verschärfen und ihre dringend notwendige Einheit gefährden.
2. Die sächsischen Bezirke treten vor dem Parteitag zusammen, um auf dem Parteitag für die Einheit der Partei nach folgenden Gesichtspunkten zu wirken:

- a) Die Minderheit hat sich der Mehrheit der Partei zuzufügen;
- b) Mehrheit und Minderheit der Partei sind entsprechend ihrer Stärke im PV vertreten;
- c) ausdrückliches Bekenntnis zu dem Beschluß des Parteitages vom März 1932, der vom Gen. Zöllig gestellt und dann als Antrag des PV gegen 1 Stimmen angenommen wurde (Rück, Diby usw.) und der lautet: „Die Annahme der Prinzipienklärung bezweckt einheitliche Willensbildung und Kampfgeschlossenheit bei allen politischen Aktionen herbeizuführen. Da diese nur aus der freien Diskussion der Parteigenossen erwachsen können, gelten Beschlüsse nicht als Dogmen...“ des geschlossenen Handelns (Protokoll des Parteitages, Seite 167). Infolgedessen darf die Bekleidung von Funktionen nicht abhängig gemacht werden von der vorbehaltlosen Anerkennung der Prinzipienklärung.

3. Die Anerkennung der Punkte 1 und 2 verpflichtet jeden Parteigenossen, Fraktionsarbeit zu unterlassen, weil sie als parteischädigend zu betrachten ist.“

Die ordentliche Bezirkskonferenz des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge nahm nach einem Referat des Gen. Rosenfeld und einem Korreferat des Gen. Walcher mit großer Mehrheit folgende Entscheidung an:

„Der Bezirksparteitag spricht der PV-Minderheit das Vertrauen aus und erwartet, daß von beiden Seiten alles getan wird, um die Einheit der Partei zu erhalten und ihre Schlagkraft zu stärken.“

Einstimmig wurde noch folgende Entschließung angenommen:

„Die Bezirkskonferenz stellt sich geschlossen auf dem Boden der Prinzipienklärung und des Statuts. Sie fordert vom kommenden Parteitag die Aufrechterhaltung des demokratischen Aufbaues der Partei und wendet sich gegen Fraktionsarbeit von jeder Seite.“

Zu den Vorgängen im Bezirk Niederrhein wurde mit großer Mehrheit folgende Entschließung angenommen:

„Der Bezirks-Parteitag Chemnitz-Erzgebirge am 22. Januar 1933 nimmt mit Besorgnis von den Vorgängen im Bezirk Niederrhein Kenntnis. Ohne sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden, erklärt der Bezirks-Parteitag

1. Funktionsenthebungen von Ortsgruppenvorständen durch eine Bezirkskonferenz widersprechen dem Parteistatut und sind daher unzulässig.
2. Die Einsetzung von Kommissaren in die oppositionellen Ortsgruppen sind nicht nur statutenwidrig, sondern auch unerträglich für das Fortbestehen der SAP.
3. Der Bezirks-Parteitag erwartet vom Parteivorstand, daß, falls solche Verstöße vorgekommen sind, er sofort statutenwidrige Maßnahmen korrigiert. Der Bezirks-Parteitag macht den Parteivorstand darauf aufmerksam, daß die peinliche Beachtung des Statuts die Voraussetzung dafür ist, daß unsere Partei ohne bleibenden Schaden über die gegenwärtige Krise hinwegkommt.“

Die Bezirkskonferenz der SAP Württemberg war von Delegierten und Gästen zahlreich besucht. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß es im Bezirk zwar langsam, aber deutlich aufwärts geht. Im Mittelpunkt der Konferenz stand ein Referat des Gen. Sternberg, der außerdem in Stuttgart, Ulm und Esslingen in gut besuchten Versammlungen der SAP sprach. Nach eingehender Diskussion wurde einstimmig beschlossen:

„Der Bezirksparteitag Württemberg stellt sich hinter die politischen Anschauungen der Parteivorstands-Minderheit. Er vertritt die Auffassung, daß nur auf dem politischen Boden der restlosen Bejahung der Prinzipienklärung die SAP eine aktionsfähige Partei werden kann.“

Die Neuwahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Bezirksleitung.

Für den Bezirk Pommern fand in Stettin eine Konferenz des engeren Bezirksvorstandes mit den Ortsgruppenvertretern statt. Nach Referaten der Gen. Rosenfeld und Frölich wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die anwesenden Ortsgruppenvertreter und Mitglieder des engeren Bezirksvorstandes des Bezirks Pommern der SAP stehen auf dem Standpunkt, daß die Existenznotwendigkeit der SAP durch die politische Lage, durch die Politik von SPD und KPD heute, wie ehemals, besteht. Um ihren großen Aufgaben in vollem Maße gerecht werden zu können, muß die SAP von der Grundlage ihrer unverrückbaren Grundsätze aus, die in der Prinzipienklärung festgelegt sind, ihre Taktik und Agitation einstellen, als revolutionärer Vortrupp — allen Schwierigkeiten zum Trotz — muß die SAP werben und wirken, um schließlich im entscheidenden Moment die Arbeiterklasse zu führen, vor, in und nach der Revolution.“

Unbedingt e Klarheit, Verantwortungsbewußtsein eines jeden Genossen als Parteimitglied und Geschlossenheit und Einheit sowie Disziplin in der Aktion sind die Voraussetzungen dafür, daß die SAP ihre Rolle im Klassenkampf erfüllen kann. Darum ist notwendig, daß die Prinzipien der Partei in jedem Parteimitglied ganz fest verankert sind, daß der kommende Parteitag die Führung der Partei nur solchen Genossen anvertraut, deren Standpunkt sich eindeutig mit dem der Prinzipienklärung deckt. Diese Forderung setzt selbstverständlich nichts gegen innerparteiliche Demokratie. Für diese ist aber Voraussetzung die Einheit in den Grundsätzen.“

In der Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Magdeburg der SAP, in der wieder fünf Neuaufnahmen bekanntgegeben werden konnten, wurde bei zehn Enthaltungen einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Magdeburg steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Existenz der SAP im Interesse der Gesundheit der Arbeiterbewegung notwendiger ist denn je. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn sie eine zielklare, von allen Schwankungen freie Politik verfolgt. Die wichtigste Voraussetzung ist die Einheit der Partei in Grundsatz und Aktion. Die Mitgliederversammlung fordert vom Parteitag, daß die in der Prinzipienklärung festgelegten revolutionären Grundsätze vorbehaltlos Marschlinie der Partei sein müssen.“

Beschluß des erweiterten Vorstandes der SAP Breslau

Die PKG hat alle künstlerischen und bildenden Veranstaltungen der SAP im Auftrage der SAP auszugestalten. Dazwischen fallen auch die Morgenfeiern.

Ausgenommen davon sind Veranstaltungen der politischen und gewerkschaftlichen Schulung.

Alle Veranstaltungen sind erst nach vorheriger Verständigung mit dem Parteivorstand festzulegen, bei Stadtteilveranstaltungen mit der Stadtleitung.

Die Mitglieder des Bildungsausschusses, die in der Generalversammlung des Ortsvereins Breslau gewählt werden, bilden die PKG. Diese Genossen können zur Mitarbeit weitere Genossen heranziehen.

Die Kassenführung wird vom Kassierer der Partei und von den gewählten Revisoren des Ortsvereins Breslau überwacht und regelmäßig kontrolliert.

Der Schaden ist behoben

Der Schaden an der 900 mm weiten Wasserrohrleitung an der Freiheitsbrücke ist behoben, so daß nunmehr in den nördlich der Oder gelegenen Stadtgebieten wieder normale Druckverhältnisse eingetreten sind. Zur Zeit wer-

10000 Frauen

sterben jährlich
an den Folgen des § 218

Morgen, Sonntag, 10 Uhr, im Proleten-Sonderveranstaltungs der PKG.

Weg mit dem Schandparagrafen!

Film: „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin.“
Szenen, Songs, Sprechchor, und Ansprache des Gen. Eckstein.

den nur noch die Verfüllungs- und Pflesterarbeiten vorgenommen, so daß voraussichtlich der Verkehr über die Freiheitsbrücke am 5. Februar voll aufgenommen werden wird.

Wie die Kinder

Breslau, 27. Januar.

Am Freitag kam es, wie die Universitätsprorektorin mitteilt, in der Universität zwar nicht zu Ruhestörungen, jedoch versuchte man, den Unterricht dadurch zu stören, daß in vier Hörsälen des ersten und zweiten Stockwerks Regenzgläser mit einer überhitzenden Flüssigkeit niedergelegt und zertrümmert wurden. Um 11,45 Uhr wurde im Durchgang zur Universitätskasse ein Kanonenschlag zur Entzündung gebracht.

DFV-Generalversammlung in Grünberg

Mitte Januar 1933 hielt hier die Ortsgruppe der Freidenker ihre Generalversammlung ab. In dem Jahresbericht des Vorsitzenden Laubsch zeigte sich so recht der Rückschlag, welchen die Freigeistige Bewegung am Orte, wie im allgemeinen, durch die reformistische Einstellung auch ihrer Führer, gegen die kirchlichen Kreise, erlitten hat. Mit Vorträgen, Lichtbildvorführungen sowie Vortragsabenden wurden die Mitglieder sowie die weitere Öffentlichkeit mit den Gedanken der Freidenker vertraut gemacht. In gemeinsamer Arbeit mit der Proleten Schulgesellschaft wurden die Elternbeiräte an den einzelnen Schulen aufgestellt.

Zur Vorstandswahl brachte hier am Orte das erstmalig auch die Opposition eigene Kandidaten, welche diesesmal noch durch die reformistischen Zupferde wie Revolutionschreck und Bauhütten-Kurz mit einer guten Minderheit in der Wahl durchfielen, nur ein Genosse konnte als zweiter Schriftführer durchgebracht werden. Nach der Wahl hielt ein „Herr Steffen“, wie der bürgerliche Berichterstatter schreibt, nicht Genosse, ein Referat über das Thema: „Jahreswende — Geisteswende“. Das Referat, geistig gut durchdacht, zeigte die reine reformistische Einstellung des Vortragenden, trotzdem derselbe noch gar nicht lange als linker RR-Revolutionär bei der KPD bekannt war. In der Debatte vertrauen Genossen der Opposition eine klarere Einstellung den Gegnern der Arbeiterklasse gegenüber, und lange wird es auch hier nicht mehr dauern und die reformistische Leitung ist am Ende ihres Lateins angelangt.

Die
Ro... Ra...
Be... Ko...

Nicht Zuchthaus sondern Krankenhaus!

Drei Meldungen — zwei über abgeurteilte Blutschände, eine über einen Sittlichkeitsverbrecher — geben blitzartig Aufklärung über die Irrwege der bürgerlichen Justiz. Es heißt:

5 1/2 Jahre Zuchthaus

Ratibor, 27. Januar.

„Vor der 1. Strafkammer hatte sich wegen Vergehens gegen die §§ 173 und 175 der mehrmals einschlägig vorbestrafter 70 Jahre alter Rentempfläner Paul Kowalski aus Lipitz, Kreis Leobschütz, zu verantworten. Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführte Verhandlung ergab, daß sich Kowalski wiederholt an seiner 13jährigen Tochter vergangen hat. Er wurde zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.“

In erster Instanz 1 Jahr, 6 Monate

Oels, 27. Januar.

„Im Sommer 1932 hatte sich der Fleischer Karl Fischeder in Oels mehrmals an seiner 13jährigen Stieftochter vergangen und war deshalb von der dortigen Strafkammer am 15. November wegen Blutschande und Unzucht unter dem strafschwereren Gesichtspunkt eines Mißbrauchs seiner Stellung als Pflegevater zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf seine Revision wurde dieses Urteil jetzt vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen, da sich aus den Urteilsfeststellungen nicht ergab, daß dem Angeklagten die Sorge für das Kind von

dessen Mutter übertragen worden war. Das wäre aber zur Rechtfertigung der schwereren Bestrafung erforderlich gewesen, da die Stiefeltern keineswegs ohne weiteres auch Pflegeeltern im Rechtssinne sind.“

Anderthalb Jahre Gefängnis

Waldenburg, 27. Januar.

„Der frühere Bergwerksassistent V. wurde von der Großen Strafkammer wegen sittlicher Verfehlungen an Schulknaben zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Da V. die Straftaten im Alkoholausschlag begangen hatte, billigte ihm das Gericht Strafmäßigkeit nach Verbüßung der Hälfte der Strafe zu.“

Irresinnig arbeitet die bürgerliche Justizmaschine, irrsinnig sind die Gesetze der Bürgertum, wenn man liest, wie Menschen, die eigentlich ins Krankenhaus gehören, zu schweren Zuchthaus- und Freiheitsstrafen verurteilt werden.

Ein Siebzjähriger, der sich an seiner Tochter vergreift, gehört in die Heilanstalt und nicht ins Zuchthaus.

Und das Urteil wegen der „sittlichen Verfehlungen an Schulknaben“? Wird hier nicht zumindest in zweierlei Weise Recht gesprochen, oder ist hier zumindest nicht nach dem bekannten Satze, den der „Volkmund“ gepöbelt: „Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen“ gehandelt?

Der kleine Bergwerksassistent wird zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, während man prominente Pöbel der braunen Arbeiterführergarden, von denen feststeht, daß sie dieselben „Verfehlungen“ auf dem Kerbholz haben, ungeschoren laufen läßt. Das ist das Gesicht der bürgerlichen Justiz.

Anhalten der starken Kälte in Schlesien

Breslau, 27. Januar.

Die sehr starke Kälte hat in Schlesien auch in der vergangenen Nacht angehalten. Die Tiefsttemperaturen sind, wie das Meteorologische Observatorium Breslau-Kriemhild meldet, im Flachlande allgemein unter minus 20 Grad gesunken. Breslau meldete Freitag früh minus 24, Hirschberg minus 28 und Grottkau sogar minus 30 Grad. Im Hochgebirge herrscht dagegen immer noch Temperaturumkehr, so daß auf der Schneekoppe die heutige Morgentemperatur minus 5 Grad beträgt.

Erfroren aufgefunden

Liegnitz, 27. Januar.

In einer Feldscheune in Groß-Berkern wurde ein 60jähriger Mann erfroren aufgefunden. Es handelt sich offenbar um einen Liegnitzer, der in letzter Zeit in der Gegend umhergezogen ist.

Selbstmord aus wirtschaftlicher Not

Schweidnitz, 27. Januar.

Der seit dem 17. Januar vermifste Schäftestepper Hermann Boer wurde in der Nähe der Merkelshöhe erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord aus wirtschaftlicher Not vor.

Polizelterror

Waldenburg, 27. Januar.

Die Sozialdemokratische Partei beabsichtigte, anschließend an die am nächsten Sonntag stattfindende Unterbezirkskonferenz eine Kundgebung der Eisernen Front zu veranstalten. Da am gleichen Tage und zur gleichen Zeit auch ein Propagandumzug der Nationalsozialisten geplant war, hat die Polizeiverwaltung beide Demonstrationen verboten.

Explosion einer Lötlampe

Oberglogau, 27. Januar.

In der Werkstätte der Zuckerfabrik Oberglogau explodierte, als der Kupferschmied Brühl mit Lötarbeiten beschäftigt war, aus bisher nicht geklärter Ursache die Lötlampe. Brühl erlitt erhebliche Verbrennungen, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Glatz, 27. Januar.

WSL. Die Stadtverordnetenversammlung in Lewin wählte mit großer Mehrheit den Regierungsoberinspektor Gelhe aus Breslau zum ehrenamtlichen Bürgermeister.

Spionage-Urteil

Breslau, 27. Januar.

Das Oberlandesgericht verurteilte heute den 32 Jahre alten polnischen Staatsangehörigen Paul Serwotka wegen Spionage unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, 92 Zloty, die der Angeklagte vom polnischen Nachrichtendienst erhalten hat, wurden dem Staat für verfallen erklärt.

Eine feine „Genossenschaft“

Gleiwitz.

Das Landgericht Gleiwitz verurteilte die Vorstandsmitglieder der „Ostdeutschen Möbel- und Eigenheim-Baugenossenschaft m. b. H.“ in Hindenburg, Hubert Gallwas, wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges, Untreue, schwerer Urkundenfälschung zu ins-

Bekleidungs-Arbeiter

Alle Genossen, alle Genossinnen, die im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband organisiert sind, besuchen die am Dienstag, dem 31. Januar, im Gewerkschaftshaus stattfindende Jahresgeneralversammlung. Verbandsbuch nicht vergessen!

gesamt 3 Jahren Gefängnis, 200 RM Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust; Heinrich Gallwas wegen fortgesetzten Betruges, Untreue und wegen des Betrugs einer erst angemeldeten Bausparkasse zu einem Jahr Gefängnis und 150 RM Geldstrafe; Walter Gallwas wegen gemeinschaftlichen Betruges und Beihilfe zur Untreue zu einem Jahr Gefängnis und Heinz Gallwas wegen fortgesetzten Betruges zu sechs Monaten Gefängnis.
Die Angeklagten hatten im Juli 1931 in Hindenburg eine Genossenschaft gegründet,

Die Grippe wütet

3300 Todesopfer der Grippe

Die Zahl der Meldungen über Schließung der Schulen in Westdeutschland wegen Grippeerkrankungen steigt ins Ungeheuerliche. Es liegen Meldungen von Schulschließungen aus Mannheim, Wuppertal, Frankfurt am Main, Flensburg, Essen, Bochum, Herne, Düsseldorf, Altona, sowie aus fast sämtlichen kleineren Städten des Siegerlandes vor.

Katastrophal sind die Folgen der Grippe-seuche in England, wo die Zahl der Todesopfer in den letzten drei Wochen über 3300 betrug.

In der letzten Woche allein starben 1600 Menschen an der Grippe.

Essen, 27. Januar.

WTB. Im Verlaufe des gestrigen Tages hat die Grippe weiter um sich gegriffen. In Bochum mußten das Lyzeum und einige Volksschulen in den Vororten ihre Pforten schließen. In den meisten Fällen handelt es sich aber nur um leichte Grippeerkrankungen.

In Duisburg sind die Grippeerkrankungen beim Personal der Postämter so stark aufgetreten, daß Beschränkungen im Zustelldienst vorgenommen werden müssen.

Auch in Budapest

Budapest, 27. Januar.

WTB. Sämtliche Budapest er höheren Schulen werden ab morgen bis einschließlich 4. Februar geschlossen werden, weil sowohl von den Schülern wie von der Lehrerschaft ein erheblicher Prozentsatz

die ihren Mitgliedern Darlehen zur Möbelbeschaffung zinslos zu zahlen wollte. Die Genossen sollten 20 Prozent der beantragten Darlehenssumme anzahlen und dann nach 6 bis 18 Monaten das Möbeldarlehen erhalten. Die Möbel sollten zum Marktpreis von den Möbelgeschäften, mit denen die „Genossenschaft“ in Geschäftsverhandlung stand, an die Mitglieder geliefert werden. Das Mittel zur Bezahlung der Möbel wollten die Mitglieder aus den Einzahlungen der neu hinzukommenden Genossen und aus den Rückzahlungen bereits erhaltener Darlehen, die in ganz kleinen Raten erfolgen sollten, nehmen.

Es wurde vom Vorsitzenden berechnet, daß nach diesem System sich die Zahl der Mitglieder jährlich vervierfachen müßte, damit gerade die Summe aufgebracht werden könnte, die zur Auszahlung der billigen Darlehen erforderlich ist.

Die Opfer der Angeklagten sind ganz kleine Leute, die sich die eingezahlten Be-

SAP, Ortsgruppe Breslau

Mitglieder-Versammlung am Montag, den 30. Januar, 19 Uhr, im großen Saale des Schießwerders.

Referenten: Max Seydewitz und Klaus Zweiling. — Tagesordnung: „Die Aufgaben des Parteitages.“ — Aussprache.

— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. —

träge vom Munde absparen mußten. Der Vorsitzende teilte in scharfen Worten besonders das Verhalten des Hubert Gallwas, von dem die Gründung der „Genossenschaft“ ausgegangen ist.

UND WIR FILM

Der Weltmeister (im Tauentzien-Theater).

Ein amerikanischer Film mit starken Zugeständnissen an die deutschen Tränen-drüsen. Der Held selbstverständlich ein Ex-Boxweltmeister, der den Weltmeistertitel wiedererlangt. Inmitten von amerikanischer Sensation und deutscher Ruhrseligkeit das natürliche Spiel des 8jährigen Jackie Cooper, ein neues Filmwunderkind Amerikas. Im Beiprogramm ein Bildbericht von dem Leben auf der Sundinsel Bali. Dazu ein amerikanischer Film, Skeldi und die Fox-Wochenschau.

„Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“ im Proleton.

Diesen Film muß man sich ansehen. In ausgezeichneten Bildern und wahrheitsgetreuer Darstellung zeigt er das grauenhafte Elend und die Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems auf, das die Frauen zwingt, Kinder zu gebären, ihnen aber nicht die Möglichkeit gibt, sie zu ernähren. Zwar läßt uns der Film die wahren Antriebe dieses Paragraphen, Staat, Kirche und Militarismus nicht sehen, aber in seiner ganzen Art und auch durch das Spiel Herla Thielles wird er zu einer wichtigen Anklage gegen diesen Paragraphen und ist durchaus geeignet, das Proletariat im Kampfe um die Aufhebung des Paragraphen 218 zu unterstützen.

an Grippe erkrankt ist. Die Volksschulen bleiben bis auf weiteres geöffnet.

Tiere verbrennen

Buir bei Düren (Rheinl.), 27. Januar.

WTB. In einem Rindviehstall auf dem Rittergut Hausforst brach, vermutlich infolge Kurzschlusses, Feuer aus, das in wenigen Minuten das Holzgebäude in Asche legte. 74 Mastochsen und Kühe fielen den Flammen zum Opfer.

Fischdampfer gekentert

Bremen, 27. Januar.

WTB. Der vor einigen Tagen auf der Unterweser aufgelaufene Cuxhavener Fischdampfer „Steinwärdter“ ist gekentert und gesunken. Von der Mannschaft ist niemand zu Schaden gekommen. Sobald die Eisschwierigkeiten behoben sind, wird man den Dampfer zu heben versuchen.

Sieben Fischer ertrunken

Malaga, 27. Januar.

WTB. Auf der Höhe von Torre Molinos ist ein Fischerboot umgeschlagen. Die siebenköpfige Besatzung ertrank.

Schnee liegt bis zu 7 Meter hoch

In Rumänien haben ungeheuerer Schneeverwehungen jeden Verkehr lahmgelegt. Die Versorgung der Großstädte mit Brotgetreide und Lebensmitteln ist unterbrochen. Der Schaden an den Gleisanlagen der Eisenbahn wird auf 100 Millionen Lei geschätzt. Der Schnee liegt stellenweise bis zu sieben Meter hoch.

ORGANISATIONS NACHRICHTEN



Bezirk Mittelwesten
Sekretariat: Breslau, Gartenstraße 21, III
Telephon 567 68

Stadtteil Nord-Ost: Alle Genossinnen und Genossen, die zum „Roten Kabarett“ in Grabschen gehen bzw. dort mitwirken, treffen sich pünktlich 15 Uhr am Stadion.

Achtung! Distriktsführer und Kassierer! Die Abrechnung ist fällig!



Sekretariat: Gartenstraße 21, III
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10-12 Uhr und Donnerstag von 18-20 Uhr

An diesem Sonntag sind die Heimabende mit folgendem Ausgestaltung:

Heim 2, Marktstr. 11, III: Ein Jungprolet auf den Kanal eben Inseln
Heim 3, Mehlgrasse 19: Fünfergruppe II gestaltet aus
Heim 5, Friedrich-Wilhelm-Str. 80: Literarischer Abend
Heim 6, Frankfurter Str. 100: Rotes Kabarett
Heim 8, 19 Uhr: In der Turnhalle Tanzabend.

Genossen, beteiligt auch an euren Sonntaggruppenabenden.

Die Abrechnung vom Zeitungsverkauf ist Montag vormittag.

Die Monatsprogramme sind bis Montag abzugeben von Heim 2, 3, 7.

Monistische Jugend: Sonntag, 17.30 Uhr, Vortrag im Saale der monistischen Gemeinde, Grunstr. 14/16. Es referiert Gen. Machek. Erscheint recht zahlreich.

Agitproptruppe: Sonntag, 17 Uhr, ist alles im Heim Grünstr. Wichtige Besprechung.

Achtung! SAK-Ableitungsführer u. Kassierer. Montag sind Elternrundschriften in Empfang zu nehmen.

Desgleichen empfangen die Ableitungskassierer die Eintrittskarten für das Tanzfest „Trotz aller Not einmal frohlich sein“ am Sonntag, 5. März, von Gen. Dillmann.

Schießklub Breslau 1930

Dies für morgen, Sonntag, angesetzte Übungsschießen muß wegen besonderer Umstände ausfallen. Das nächste Übungsschießen wird bekanntgegeben.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Sportkartell Breslau e.V.
Achtung! Eisbahn!

Alle Arbeitersportler und Bruderorganisations (Partei, Gewerkschaft usw.) besuchen nur ihre eigene Eisbahn zwischen Schwelbitzer und Graupenstr. Umgang am Platz der Republik. Täglich Konzert. Abends elektrische Beleuchtung. Geöffnet ist die Bahn von 10-22 Uhr.

Die Spielmannszüge des Arbeiters-Turns und Sportbundes, 14. Kreis, 1. Bezirk

halten heute, Sonnabend, den 28. Januar, 19 Uhr, in der Margaretenstraße eine Werkstatt-Übungs-Sitzung und ihre Jahresversammlung ab. Instrumente mitbringen. Genossen, die den festen Willen haben, als Spielmann mitzuwirken, melden sich bei nachstehenden Genossen: Herbert Wolf, Frankfurter Straße 64, Fritz Labatze, Friedrichstraße 32, Alfred Garcher, Stolzestraße 10, Fritz Gredlich, Hirschstraße 30, Edmund Werner, Kobersitz.

Gewerkschaftsnachrichten

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands
Dienstag, 30. d. Mts., 19.30 Uhr, kleiner Saal Gewerkschaftshaus, Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht! Mitgliedsbuch als Ausweis! Die Ortsverwaltung.

Achtung! IHV-Mitglieder

Am Mittwoch, dem 1. Februar, abends 8 Uhr, findet die General-Mitgliederversammlung der IHV statt. Tagesordnung:

1. Referat des Gen. Eckstein, anschl. Diskussion.
 2. Geschäftsbericht.
 3. Neuwahl des Vorstandes.
- Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen. IHV, Ortsgr. Breslau.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, inerat Herbert Scho 2, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7
Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen
Telephon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebert, Breslau, Gartenstr. 21, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 02 92

Eine Bücherauswahl für Proletarier! Statt 23.50 Mark für nur drei Mark!

Um auch den Genossen, denen sogar die Arbeiterbibliothek für Mk. 10.— unerschwinglich war, die Möglichkeit zu bieten, sich einige Bücher und Schriften von unvergänglichen politischen und literarischen Wert anzuschaffen, haben wir eine kleinere Auswahl von Schriften zusammengestellt. Die Schriften sind neu (also nicht antiquarisch!) und der reguläre Preis von Mk. 23,50 für den Buchhandel ist nicht aufgehoben! Wir geben die Auswahl für Mk. 3.— (statt für Mk. 23,50) ab. Da die Auswahl bald vergriffen sein dürfte, ist baldige Bestellung ratsam!

- Karl Marx:** Bürgerkrieg in Frankreich.
 - Tobler-Christinger:** Probleme des Bolschewismus.
 - Lenin:** Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht.
 - Lenin:** Ueber den Staat-Aktionsdruck.
 - Rosa Luxemburg:** Die Russische Revolution. (Aktionsdruck)
 - Leo Trotzki:** Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats.
 - Leo Trotzki:** Sowjetwirtschaft in Gefahr! (Trotzkis jüngste Schrift).
 - Leo Trotzki:** Wer leitet die Kommunistische Internationale?
 - Leo Trotzki:** Die Lehren des Oktobers 1917 (Aktionsdruck).
 - Leo Trotzki:** Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution (Aktionsdruck).
 - Leo Trotzki:** Die Verteidigung der Sowjetrepublik.
 - Franz Mehring:** Kriegentitel.
 - Lunatscharski:** Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse.
 - Johannes R. Becher:** An alle! (Revolutionäre Gedichte).
 - Oskar Kanehl:** Schande, Gedichte eines Zwangssoldaten der „Großen Zeit“.
 - Otto Röhle:** Das kommunistische Schulprogramm.
 - Max Herrmann-Nelso:** Die bürgerliche Literaturgeschichte und das Proletariat.
 - Max Herrmann-Nelso:** Emil Zola, der Dichter des Proletariats.
 - Fritz Brupbacher:** Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter-Internationale.
 - Johann Most:** Für die Einheitsfront des Proletariats.
 - Karl-Liebknecht-Rosa Luxemburg:** Gedächtnispublikation der „Aktion“.
- Mit vielen Arbeiten der Gemeinlichen, P. a. ist ungekürzt abgedruckt: „Was will der Spartakusbund?“
- Sowaly:** Das Buch in Saffian. Ein Roman aus dem Russischen.
 - Heinrich Schaefer:** Drei Erzählungen.
 - Kurd Adler:** WieJerkher, Gedichte.
 - M. Rosenberg:** Umwelt, Gedichte.
 - Victor Hugo:** Ueber den Kämpfer Voltaire.
 - Sadoul:** Ueber Sowjetrußland.
 - Tarasoff Rodionoff:** Schokolade. Der beste Roman aus den Tagen der Oktoberrevolution.

Wer aus dieser Auswahl eine Auswahl treffen will, muß den vollen Normalpreis zahlen! So kostet zum Beispiel das berühmte Werk von Brupbacher allein Mk. 2.50 in der Original-Ausgabe! Der ermäßigte Preis von Mk. 3.— gilt bei Voreinsendung des Betrages! Bei Nachnahmesendungen kommen 60 Pfg. Portospesen hinzu! Bestellungen und Geldsendungen sind zu richten an den

Verlag „Die Aktion“, Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestraße 17

STADTTHEATER

Sonntags, 19. 9.—gegen 23
Abend-Vorst. (I)

Carmen

Sonntag, 14.30—17
(Aussp.-Pr.)

Schwarzwalddädel

Freitag, 21

Die Meistersinger von Nürnberg

Montag, 12.30 gegen 2

Die Blume von Hawaii

LOBETHEATER

Sonntags bis Montag,
9 Uhr 20.15—22.15

Zu wahr, um schön zu sein

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
Gastspiel von J. Jushny

Der blaue Vogel

GERHART-HAUPTMANN- THEATER

Telefon 20.15—22.3
Sonntag auch 15.30—17.31

Schneider Wibbel

Herrn- und Damen-Pelze,
Fahrräder, Möbel,
Federbetten, Herren- und
Damen-Uhren
und viele andere Sachen

Leihhaus-Brüll & Co

Matthiasstraße 88

Montag, 20 Uhr, Gr. Konzerthausaal

6. Volks-Symphonie-Konzert der Schlesischen Philharmonie

Dir.: Hermann Behr

Heitere Musik

Beethoven, L. Mozart, W. A. Mozart, Rameau
Gen.: Schumann, Joh. Strauß, Wolf

Karten in der Geschäftsstelle u. Abendkasse

Brahms-Fest (I. Abend) Dienstag, 7. Februar

Ein deutsches Requiem

Dir.: Prof. Dr. Georg Dohrn
Solisten: Elisabeth Laube, Hermann Seifert
Chor: Breslauer Singschule

Monistische Gemeinde E.V. - Breslau

Grünstraße 14/16.
Ortsgruppe des Volksbundes für Arbeitsfreiheit

Sonntag, den 29. Januar 1933, 17.15 Uhr

VORTRAG

im Saale Grünstraße 14/16
Redner: E. Machek

Thema: „Sozialismus und Religion“
Eintritt für Mitglieder frei! Gäste 20 Pfg. Erwerb. 10 Pfg.

Hoffmanns Festsäle

Pöpelwitzstr. 15-19

Jeden Sonntag:

Großer öffentlicher Tanz

Saal für Vereinsfestlichkeiten gratis.

Fleischer- und Wurstfabrik Hermann Kipke

Frankfurter Straße Nr. 174

Gaststätte

Angenehmer Familienaufenthalt

WALHALLA

Kino am Wachtplatz

1. Willi Fritsch
Camilla Horn
in

Der Frechdachs

2. Jack Holt

Der rettende Schuß

7 Akte

3. Tonfilm-Kabarett

4. Die neueste
Fox-Ton-Woche

Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr

Große
Kinder-Vorstellung

3 Filme

Genossen

Beachtet

unsere
Inserate

Was will die SAP?

Prinzipien-
Erklärung

Aktions-
programm

mit einem Vorwort
von Paul Frölich

brochürt 10 Pfg.

Erhältlich im Parteibüro,
bei den Zeitungshändlern
und Funktionären.

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Anteilnahme beim Heimange unseres lieben Sohnes, Bruders und Bräutigams

Franz Einhorn

ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen mitfühlenden Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank auszusprechen.

Wilkau, am 27. Januar 1933

**Die fletrauernden Eltern
und Geschwister
Martha Marlin als Braut**

Am Dienstag, den 24. Januar 1933, verstarb plötzlich nach einem Leben voller Arbeit und Sorgen unsere liebe Genossin

Barbara Zowa

Seit 1887 war die Verstorbene Mitglied der SPD, an deren Frauenarbeit sie sich rege betätigte. Gleich nach der Gründung unserer Partei führte sie ihre aufrechte sozialistische Gesinnung zu uns.

Der Treue dieser alten Kämpferin, der wir am Freitag das letzte Geleit gegeben haben, werden wir immer dankbar gedenken.

**Sozialistische Arbeiterpartei
Ortsgruppe Brieg**

Der Leser der SAZ kauft bei:

BRIEG

Fleisch - Wurst bei

FRITZ FEHST
Schwarzer Weg 49

Wilhelm Hein
Fleischermeister - Mollwitzerstr. 20
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Zwirner
Fabrik ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstückstube - Bierausschank
Burgstraße 2

**Leserinnen und Leser
der SAZ!**

Schneidet untenstehende
Kupons aus!

Tragt sie bei Euch!

Gebt sie
in den Geschäften ab!

Ihr unterstützt
damit eure Zeitung und
ermöglicht ihren Ausbau.

GÖRLITZ

... und nach dem Kinobesuch in die beliebten
„Rüdiger-Gaststätten“
Berlinerstraße 32 - GÖRLITZ - Brüderstraße 1

... und stets nur den guten

Klingenberg-Kaffee

täglich frisch geröstet
5% Rabatt in blauen Marken!

Papierwaren am billigsten
Görlitz, Schützenstr. 4

Stettin

**Felnbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack**
Stettin, Grenzstraße 19
Täglich frische Backwaren jeder Art

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“
---	---	---	---	---